Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Donnerstag, 12. Mai 1921

Nummer 217 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 9 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. zeile pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Erfordernisse der Außenpolitik

Es gibt wohl niemanden, der dem in der Eile und in der Not zusammengestellten Kabinett Wirth eine lange Lebensdauer zutraut. Ganz allgemein hält man einen großen Teil seiner Mitglieder für persönlich unzulänglich und betont man außerdem die zu schmale parlamentarische Basis der Regierung. Zwischen den bürgerlichen Fraktionen, insbesondere zwischen Demokraten und der Deutschen Volkspartei wird denn auch schon wieder verhandelt und gemächelt mit dem Zweck, in irgendeiner Weise doch noch die Gruppe Stresemann an dem Geschäft zu beteiligen. Sollte dieser Versuch aber gelingen, so würde das den Zusammenbruch des Ministeriums nur noch beschleunigen können. Es wäre geradezu eine Farce, wenn die Partei, die ihre Zustimmung zu dem Ultimatum verweigerte, nachträglich einer Regierung beiträte, die auf der Grundlage dieser Zustimmung geschaffen wurde, und wir vermögen uns einstweilen nicht vorzustellen, daß die Rechtssozialisten sich an einem solchen Narrenspiel beteiligen würden.

Aber so oder so: Herr Wirth und seine Kollegen müssen sich auf eine kurze Amtsdauer gefaßt machen. Nur daß diese Aussicht sie nicht zur Untätigkeit bestimmen darf! Sie müssen im Gegenteil mit aller Energie die Frist ausnutzen, die ihnen gewährt ist und jene Maßregeln durchzuführen suchen, die der Augenblick erheischt. Von den Notwendigkeiten der inneren Politik haben wir an dieser Stelle bereits gesprochen. Aber auch unsere außenpolitische Lage erfordert schnelles und zielbewußtes Handeln.

Deutschland hat die Forderungen der Londoner Konferenz anerkannt. Jetzt kommt es darauf an, dem Rahmen einen Inhalt zu geben. Wir müssen uns ungesäumt mit den Alliierten in Verbindung setzen, um uns über die Art der Erfüllung der uns gestellten Bedingungen in den Einzelheiten zu verständigen. Eine ganze Reihe von Fragen sind da noch offen, und des Beispiels halber erwähnen wir nur jene Klausel, nach der die uns auferlegte 25prozentige Exportabgabe unter Umständen durch eine andere gleichwertige Leistung ersetzt werden kann, die nach Maßgabe der jeweiligen deutschen Leistungsfähigkeit zu bemessen wäre. Die Ausfuhr als Barometer benutzen zu wollen, ist nicht nur ein sehr rohes Auskunftsmittel, sondern es bringt auch allerlei technische und finanzielle Schwierigkeiten. Wie soll der Wert einer bestimmten exportierten Warenmenge festgestellt werden? Die Gefahr der Verschleierung ist groß, und es könnte geschehen, daß der Staat genötigt wäre, dem Ausführenden, wenn er überfakturiert, eine höhere Summe zu erstatten, als sie in Wirklichkeit am Platze ist. Die Möglichkeit von Schiebereien ist gegeben, und es würde eines nicht geringen Apparats von Prüfungs- und Kontrollstellen bedürfen, um Schädigungen des Fiskus zu verhüten. Die Regierung wird sich also alle Mühe geben müssen, um einen anderen Zahlungsmodus ausfindig zu machen.

Vielleicht, weil man diese und andere aus der Annahme des Ultimatums entstehenden Probleme erkennt, soll jetzt nach einem „Wirtschaftler" für den noch unbesetzten Posten des Außenministers gesucht werden. Eine Reihe von Namen werden auch genannt, wie beispielsweise der des Generaldirektors Cuno von der Hamburg-Amerikalinie, der immer durch die Presse geht, wenn eine Ministerstelle frei ist.

Sicher wäre es höchst erwünscht, wenn der Nachfolger des Herrn Simons volkswirtschaftlichen Dingen nicht verständnislos gegenüberstände. Aber wir haben gegen die wirtschaftlichen Sachverständigen und Fachmänner, die man präsentieren will, erhebliche Bedenken. Sie sind Vertreter des Unternehmertums, und sie werden auch im Amt ihren alten Adam nicht auszuziehen vermögen, sondern die auswärtige Politik rein unter dem Gesichtspunkte des kapitalistischen Interesses betrachten. Nie aber tat mehr als im gegenwärtigen Moment für das Außenministerium eine Persönlichkeit not, die einen politischen Ueberblick über die internationalen Zusammenhänge besitzt.

Herr Dr. Simons ist trotz der besten Absichten und trotz seiner sonstigen sehr anerkennenswerten Eigenschaften im wesentlichen daran gescheitert, daß er als Jurist an die Dinge herantrat. Wir dürfen den reinen Juristen nicht durch einen reinen „Wirtschaftler" ersetzen, sondern nur durch einen Politiker. Es muß ein Mann sein, der durch seine Vergangenheit nicht belastet ist. Er muß das Vertrauen des Auslandes gewinnen können, er muß sein Heil nicht in der Stilisierung von Noten suchen, sondern in dem psychologischen Verständnis der Regierungen und der Völker, mit denen wir zu rechnen haben.

Ein weiteres sehr dringendes Erfordernis ist der feste Wille, endlich im Auswärtigen Amte mit den Vertretern des alten Systems aufzuräumen. Es sitzen in diesem Ministerium und in der Diplomatie gar zu viele, die sich nur widerwillig der neuen Ordnung der Dinge angepaßt haben und die sicher bemüht sein werden, vernünftige Schritte des Ministers zu durchkreuzen. Namen brauchen wir nicht zu nennen. Sie haben Herrn Dr. Simons oft genug daran gehindert, auf einem für richtig erkannten Wege weiter zu schreiten und waren nur allzuleicht geneigt, ihre eigene Politik ohne den Minister oder gegen ihn zu treiben.

Außerordentlich viel hängt davon ab, daß die richtige Persönlichkeit in diesem Augenblick gefunden wird, und freilich auch davon, daß das Gesamtkabinett die Erfordernisse der auswärtigen Politik besser begreift, als die verflossene Regierung. Es wird auch seine innerpolitischen Maßnahmen auf die Wirkung nach außen abzustellen haben, und wir brauchen nur darauf hinzuweisen, daß jetzt eine seiner wichtigsten Aufgaben darin besteht, den militärischen Forderungen des Ultimatums mit aller gebotenen Rücksichtslosigkeit zu entsprechen. Die Regierung mag auf die Zeit hoffen, in der die Verhältnisse für Deutschland günstiger sein werden als heute und in der das Diktat von London eine Milderung erfährt. Aber in ihren augenblicklichen Entschließungen soll sie sich nicht von solchen Erwartungen beeinflussen lassen, sondern so handeln, als müsse bis zum letzten Punkte all das geleistet werden, was man uns abverlangt hat. Vor allem wäre es ein Wahnsinn, neue Spekulationen auf eine Uneinigkeit unter den Alliierten anzustellen und demgemäß eine listige Politik zu treiben, die offen oder versteckt den einen gegen den anderen ausspielen möchte. Kann sein, daß es einmal zu Konflikten innerhalb der Entente kommt, die zu unserem Vorteil ausschlagen. Sie herbeiführen zu wollen, wäre Wahnsinn. Das Ultimatum ist und bleibt zunächst die Linie, von der wir auszugehen haben, und wir müssen dabei von der Ueberzeugung durchdrungen sein, daß nichts den vernünftigen Elementen im Auslande und in erster Reihe der internationalen Arbeiterschaft, ihre Sache mehr erleichtert, als der ernste und rückhaltlose Wille, unsere Pflicht zu erfüllen unter Verzicht auf alle Phrasen des Nationalismus und alle Gesten des militaristischen Maulheldentums.

Man soll nicht sagen, Deutschland könne in der auswärtigen Politik keine positive Rolle mehr spielen. Gewiß sind wir in hohem Grade das Objekt des Ententekapitalismus, aber wir haben trotzdem die Pflicht und auch die Möglichkeit, uns einen Platz in der Welt zu verschaffen. Nicht mit den Methoden der Vergangenheit, sondern auf dem ehrlich einzuhaltenden Wege, den unsere Lage uns vorschreibt. Deutschlands Unglück kann sich in sein Glück verkehren, wenn es versteht, eine Haltung einzunehmen, die den Umständen entspricht und durch seine entschlossene Ablehnung aller auf gewaltsame Lösung hinzielenden Bestrebungen für die anderen Länder und Völker vorbildlich zu wirken.

# Die Hölle der Arbeitslosennot

## Massenelend im Vogtland

F. P. Das Problem der Arbeitslosigkeit, das vor einigen Tagen durch die parlamentarische Aktion der sozialistischen Parteien und des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Reichstag erneut aufgeworfen worden ist, beschäftigt jetzt den volkswirtschaftlichen Ausschuß. Mit allem Nachdruck müssen diese Beratungen beschleunigt und zu einem in der Richtung unserer Anträge liegenden Abschluß gebracht werden. Denn die Lage großer, von der Produktionserstarrung heimgesuchter Bezirke ist eine so verzweifelte, daß jeder ungenützt verstrichene Tag zu einem Unglück wird.

Es ist bereits in den erwähnten Reichstagsverhandlungen von unserem Redner wie auch von Vertretern anderer Parteien darauf hingewiesen worden, daß die besondere Notlage der von Betriebsstockungen und Arbeitslosigkeit besonders empfindlich betroffenen Landesteile eine besonders rasche und nachdrückliche staatliche Hilfsaktion gebieterisch verlangt. Diese Hilfsaktion hat sich in erster Linie auf die Zuweisung staatlicher Arbeitsaufträge zu erstrecken. Diese Forderung ist so natürlich und selbstverständlich, daß ihre bisherige Mißachtung durch die Regierungsstellen nur erklärt wird durch die Einflüsse, die sich gewisse privilegierte kapitalistische Nutznießer in den „maßgebenden" Instanzen zu erlisten vermochten. Wie könnte es sonst geschehen, daß unbestreitbare Notstandsbezirke völlig vergeblich um Hilfe rufen und keine staatlichen Aufträge bekommen, während diese Aufträge nach Gebieten vergeben werden, deren Bevölkerung in weit geringerem Maße von der Arbeitslosigkeit gewürgt wird?

Sehen wir einmal von der bedrohlichen Entwicklung in Berlin ab und betrachten wir die Zustände in Sachsen, vor allem aber das entsetzliche Arbeitslosenelend im Vogtland. Ein Vergleich der amtlichen Zahlen über den Grad der Erwerbslosigkeit ergibt folgendes düstere Bild:

Am 15. November 1920 belief sich die Zahl der Erwerbslosen einschl. der Zuschlagsempfänger:

a) in Deutschland bei rund 60 Mill. Einwohnern auf 682 560 Unterstützungsempfänger = **1,137 Proz. der Einwohner;**
b) in Preußen bei 37 165 219 Einwohnern auf 326 199 Unterstützungsempfänger = **0,88 Prozent der Einwohner;**
c) in Bayern bei 7 026 003 Einwohnern auf 58 494 Unterstützungsempfänger = **0,83 Prozent der Einwohner;**
d) in Sachsen bei 4 641 597 Einwohnern auf 181 339 Unterstützungsempfänger = **3,91 Prozent der Einwohner,** d. i. bei 7,78 Prozent der Einwohnerzahl Deutschlands, 26,5 Prozent der Erwerbslosenzahl Deutschlands.

Als Berg aus diesen Hügeln des Elends aber ragt Max Hölzens Heimat, das **Vogtland**, empor. **Plauen**, der Mittelpunkt dieses schlimmsten deutschen Notbezirks, stellt alle diese Zahlen in den Schatten. Seine Arbeitslosennot schreit in diesen Ziffern auf:

Einwohner: **104 465**, Unterstützungsempfänger: **22 682**. Das sind: **21,72 Prozent der Einwohner, 3,33 Prozent der Erwerbslosen von ganz Deutschland, 12,50 Prozent aller Arbeitslosen Sachsens!**

Noch eindeutiger wird das Bild durch folgende von der „Volkszeitung für Südwestsachsen", unserem Plauener Parteiblatt, aus amtlichen Quellen geschöpfte Zahlen:

| Auf 1000 Einw. entfielen | Erwerbslose | Unterstützungssumme |
|---|---|---|
| **Plauen** | **111,3** | **5988,90** |
| Dresden | 18,4 | 1454,40 |
| Leipzig | 23,1 | 1654,20 |
| Chemnitz | 15,9 | 1039,30 |
| Zwickau | 22,2 | 1890,00 |
| Groß-Berlin | 24,2 | 1450,50 |
| Breslau | 13,8 | 571,30 |
| Magdeburg | 8,0 | 473,40 |

| Auf 1000 Einw. entfielen | Erwerbslose | Unterstützungssumme |
|---|---|---|
| Essen | 0,4 | 31,30 |
| Dortmund | 0,0 | 4,80 |
| Nürnberg | 8,7 | 704,20 |
| Hamburg | 21,2 | 1579,20 |
| Mannheim | 2,6 | 235,20 |
| Fürth | 54,2 | 4274,10 |

Alle übrigen Städte Deutschlands wiesen nur Erwerbslosenzahlen bis zu höchstens 20,4 und Unterstützungen bis höchstens 1819,90 M. auf tausend Einwohner auf. Nach dem Reichsdurchschnitt dürfte Plauen nur rund 600 Vollerwerbslose und nach dem sächsischen Durchschnitt 4200 haben, tatsächlich weist es aber **das 17fache des Reichsdurchschnitts** und das 2½fache des sächsischen Durchschnitts auf. **Mit diesen Zahlen steht Plauen an erster Stelle im Reich.**

Das aber war vor sechs Monaten! Inzwischen ist das Heer der von kapitalistischer Wirtschaftsanarchie in die Vernichtung gestoßenen Proletarier weiter mächtig angeschwollen. Denn nun beginnen auch in der Metallindustrie dieses Gebietes die Kesselfeuer zu erlöschen. Zu den vielen zehntausenden Textilarbeitern und Stickern des Vogtlandes, denen der Krieg die ausländischen Absatzmärkte fraß und die fremde Konkurrenz großzüchtete, gesellten sich nun tausendweise die Metallarbeiter. Stumpfsinn lähmt oder wilde Verzweiflung bohrt in der riesigen und noch anschwellenden Armee der Arbeitslosen. Die furchtbare Dauer der Arbeitslosigkeit, die Gewißheit, nicht nur Wochen oder Monate, sondern auf Jahre, richtiger: dauernd, existenzlos zu bleiben, zermürbt die Arbeiter nach jeder Hinsicht. Zu Beginn des Mai waren allein in Plauen

**dreitausend Arbeiter länger als zweieinhalb Jahre beschäftigungslos.**

Hunderte haben vier und fünf Jahre keine Arbeitsstelle mehr finden können und jede Hoffnung aufgegeben!

Das sind Zahlen, die mit Blut geschrieben sind. Das sind Tatsachen von rüttelnder Gewalt. Das sind Anklagen, die gehört werden müßten, wenn gewisse Ohren nicht mit Watte verstopft wären.

Was ist getan worden, um die Tragödie zu beenden? O, vieles ist geschehen. Beratungen, Sitzungen, Konferenzen aller Art und an vielen Orten haben stattgefunden. An Lippenwohlwollen hat es nicht gefehlt und dem energischen Drängen der sozialistischen Sachsenregierung ist sogar eine kleine, das übliche Schema überragende Erhöhung der Unterstützungssätze für diese Notbezirke gelungen. Aber Arbeit ist nicht in fühlbarer Weise zu beschaffen gewesen, weil die Reichsregierung völlig versagte und es beim „Wohlwollen" beließ.

Obwohl die Vergebung von Aufträgen des Eisenbahnministeriums nach diesem Elendsbezirk in Aussicht gestellt war, ist dies unterblieben. Hinter dem Rücken der für die Vergebung von Reichsarbeitsaufträgen eingesetzten Kommission (oder fünf Minuten vor deren Wirksamkeit) hat die Geheimratswirtschaft in den zuständigen Ressorts zugelassen, daß der größte Teil dieser Aufträge vergeben wurde, ohne daß das Vogtland irgendwie berücksichtigt worden wäre. Die Einflüsse der bisher mit Aufträgen bedachten kapitalistischen Interessenten erwiesen sich stärker als alle anderen Erwägungen. Mit dieser Wirtschaft muß sofort und vollständig Schluß gemacht werden! Es ist mit allem Nachdruck den privategoistischen Unterströmungen bei der Vergebung von Staatsarbeit entgegenzuwirken. Dies ist um so nötiger, als nun mit den bevorstehenden Lieferungen für die Wiederaufbauarbeiten in Frankreich das Reich gewaltige Arbeitsaufträge zu vergeben hat. Bei dieser Vergebung müssen besonders die Gegenden berücksichtigt werden, wo gräßlichste Arbeitslosigkeit Gemeinden bankerott macht und die gesamte arbeitende Bevölkerung in den Sumpf des Lumpenproletariats hinabzustoßen droht.

# Nach der Annahme des Ultimatums

## Die Uebergabe der deutschen Antwort

London, 11. Mai.

Der deutsche Botschafter hat dem Premierminister heute 11 Uhr 15 Min. vormittags die deutsche Antwort auf das Ultimatum der Alliierten überreicht.

Reuter meldet: Lloyd George verlas im Unterhause die Antwort der deutschen Regierung auf das Ultimatum der Alliierten, in der die Forderungen der Alliierten bezüglich der Reparationen, der Garantien, der Entwaffnung und des Verfahrens gegen die Kriegsbeschuldigten bedingungslos angenommen werden. Lloyd George sagte, er habe sofort allen beteiligten Regierungen telegraphiert, und fügte hinzu: Dies ist die vollständige Annahme aller Forderungen. (Lauter, anhaltender Beifall.)

EE. London, 11. Mai.

Aus London wird berichtet, daß Dr. Sthamer bei seinem heutigen Empfange nicht nur die Antwortnote der Regierung übergeben habe, sondern auch hinzugefügt haben soll, daß das Reich Zusicherungen in der oberschlesischen Frage wünsche. Lloyd George soll darauf geantwortet haben, daß er sich bezüglich Oberschlesiens mit den Alliierten in Verbindung setzen wolle, daß aber die Annahme des Ultimatums sofort und ohne irgendwelche Bedingungen zu erfolgen habe.

### Französischer Ministerrat

Paris, 11. Mai. (Havas.)

Briand sowie die Minister der Finanzen, des Krieges, der Marine, der öffentlichen Arbeiten und der befreiten Gebiete, außerdem Marschall Foch und General Weygand traten heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand im Elysée zusammen. Der Gegenstand der Konferenz war die Prüfung der Maßnahmen, welche zur Durchführung der interalliierten Erklärungen vom 5. Mai nötig sind. Solche Maßnahmen sind im Falle der Annahme des Ultimatums vorgesehen für die Entwaffnung zu Lande, zur See und in der Luft. Auch die Durchführung der finanziellen Maßnahmen wurde geprüft.

## Die weitere Gestaltung der Dinge

EE. Paris, 11. Mai.

**Wie die Dinge sich nach der Annahme des Ultimatums durch Deutschland gestalten werden, darüber teilt der „Intransigeant" folgendes mit:**

**Der Vertreter Deutschlands in Paris wird nunmehr ein Protokoll zur Ergänzung des Friedensvertrages zu unterzeichnen haben. General Nollet wird gleichzeitig der deutschen Regierung eine Note überreichen, in der der deutschen Regierung aufgetragen wird, Kavallerie und Infanterie bis zum 31. Mai zu entwaffnen, das Flug- und Marinewesen bis längstens Ende Juli abzubauen. Die interalliierte Kommission, die sich mit der Aburteilung der Kriegsschuldigen beschäftigt, wird in Berlin einen neuen Schritt unternehmen, um der Regierung Ratschläge für die Errichtung des Reichsgerichts in Leipzig zu erteilen. Dieses soll seine Tätigkeit sofort aufnehmen.**

**Die Botschafterkonferenz wird einen Gesamtbericht über die Verfehlungen, die Deutschland sich gegenüber den Bestimmungen des Friedensvertrages zu Schulden kommen ließ, verfassen. Die Reparationskommission soll neu organisiert werden. Die Kommission für die „Rückerstattung in Natura" wird eine beträchtliche Erweiterung erfahren, da man erwartet, daß Deutschland sich strikte an jene Bestimmungen des Friedensvertrages halten wird, die es ermächtigt, den Alliierten die Reparationen in Gestalt von Holz, Rohstoffen, Farbstoffen, pharmazeutischen Produkten, Vieh, Maschinen und industriellen Produkten zu liefern. Bis zum Ende des Monats Mai wird die Reparationskommission die Garantiekommission einsetzen, die ihren Sitz in Paris haben wird. Ihre Kontrolleure werden in ganz Deutschland umherreisen und in den wichtigsten Städten sollen Zentralen errichtet werden. Die Mitglieder der Kommission werden aus neutralen und alliierten Fachmännern bestehen.**

## Frankreich und die neue Regierung

EE. Paris, 11. Mai.

Der „Temps" erwartet von dem neuen deutschen Kabinett bei gegebenen Gelegenheiten Beweise seines ernsten Willens, die Forderungen der Alliierten zu erfüllen. Dazu werde dieses bald Gelegenheit haben, erstens in der Entwaffnungsfrage, und zweitens in der Rückziehung der angeblich nach Oberschlesien entsandten Truppen. Wenn der für die Entwaffnung vorgeschriebene Termin nicht eingehalten werde, würde das beweisen, daß Deutschland dies nicht erfüllen will, und die Sanktionen würden in Kraft gesetzt werden. Das Kabinett hat auch die Aufgabe, den weiteren Einmarsch deutscher Truppen nach Oberschlesien zu verhindern. **Die oberschlesische Frage könne durch keinen Krieg gelöst werden.** Wenn die nach Oberschlesien eingedrungenen Truppen Freischärler oder Deserteure wären, müßten die deutschen Reichsbehörden sofort gegen diese einschreiten. Könnten die deutschen Behörden aber kein Mittel finden, um diese Truppen zur Ordnung zu bringen, so wäre damit die Grundlage gegeben, daß die Alliierten Strafmaßnahmen gegen Deutschland ergreifen könnten. Der „Temps" erklärt dann weiterhin, daß **gegen die Regierung Wirth in Frankreich keine Voreingenommenheit oder ein sonderliches Mißtrauen herrsche.** Die Entschlossenheit der Alliierten müsse aber klar erwiesen sein, damit das Kabinett in der Lage sei, die Aufgabe zu erfüllen, die es sich gestellt hat. **Man wünscht nicht den Sturz der Regierung Wirth, sondern die Durchführung des Programmes.**

### Der französische Vormarsch eingestellt

TU. Düsseldorf, 11. Mai.

Wie hier verlautet, hat der Regierungspräsident von Düsseldorf heute morgen mit dem kommandierenden General der französischen Besatzungstruppen Heinnoque eine Unterredung gehabt, in der der General mitteilte, daß die Besatzungsbehörden in der Nacht von der Annahme der Londoner Forderungen durch die neue deutsche Reichsregierung Kenntnis erhalten hätten. **Daraufhin seien sofort alle weiteren Vorbereitungen zum Vormarsch eingestellt** und die Truppenbewegungen zum Stillstand gebracht worden.

## Die preußische Regierung

Wir haben bereits mitgeteilt, daß die neue Lage im Reich auch auf Preußen zurückwirken wird. Der rechtssozialistische Parteivorsitzende Wels hatte bereits gestern, nach der Meldung des „Vorwärts", eine Unterredung mit dem preußischen Minister Stegerwald. Sie ergab Uebereinstimmung in der Ueberzeugung, daß es notwendig sei, unmittelbar nach Pfingsten eine Umbildung der preußischen Kabinette im Sinne der veränderten Parteigruppierung im Reiche herbeizuführen.

Im Anschluß daran sei noch bemerkt, daß nach der Neuwahl des Vorstandes der rechtssozialistischen Landtagsfraktion Heilmann dem Vorstand nicht mehr angehört.

## Ausnahmegerichte, Ausnahmezustand und Amnestie

Entsprechend der Ankündigung des Redners der Unabhängigen Fraktion, des Genossen Ledebour, in der Nachtsitzung des Reichstages vom Dienstag hat die Unabhängige Fraktion drei schleunige Anträge eingebracht. Der erste fordert, daß die vom Reichspräsidenten eingesetzten Ausnahmegerichte aufgehoben werden, der zweite fordert die Aufhebung des Belagerungszustandes, der seit dem 23. Juni 1920 über Ostpreußen verhängt ist und ferner die Aufhebung des seit März dieses Jahres bestehenden Ausnahmezustandes über Groß-Hamburg und die Provinz Sachsen.

Der dritte Antrag enthält den folgenden Gesetzentwurf über den Erlaß einer Amnestie:

§ 1. Für alle Straftaten, welche bis zu dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aus politischen Beweggründen verübt worden sind, wird Straffreiheit gewährt. Straffrei sind insbesondere Handlungen, die mit den Unruhen im Zusammenhang stehen, welche im Jahre 1919 in Bayern und im März 1921 in verschiedenen deutschen Landesteilen stattgefunden haben.

§ 2. Soweit Straffreiheit gewährt wird, werden die verhängten Strafen nicht vollstreckt, die anhängigen Verfahren eingestellt und neue nicht eingeleitet.

Gegen Beschlüsse des Gerichts, durch welche die Einstellung des Verfahrens abgelehnt wird, findet sofortige Beschwerde statt.

§ 3. Vermerke über Strafen, die nach diesem Gesetz erlassen werden, sind im Strafregister zu tilgen.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Die bürgerlichen Parteien haben durch ihre gestrige Abstimmung verhindert, daß die Anträge auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Reichstages gekommen sind. Sie haben dadurch wieder einmal gezeigt, daß sie alle die Klassenjustiz und die Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiterklasse als eines der besten Mittel ansehen, ihre Herrschaft zu befestigen. Je mehr ihre Lippen triefen von schönen Redensarten über „Freiheit" und „Gleichberechtigung", um so inniger erstreben sie die härteste Fesselung jeder freien Regung der Arbeiterklasse.

## Hyänen des Schlachtfeldes

Das unverantwortliche Spiel, das die bürgerlichen Parteien tagelang mit der Regierungsbildung getrieben haben, sucht die nationalistische Presse jetzt durch eine wüste, die niedrigsten Leidenschaften entfachende Hetze noch zu überbieten. Den Gipfel erklimmt dabei, wie immer, die „Deutsche Tageszeitung". Unter der Ueberschrift „Im Dienste Frankreichs", wird der gerade in diesem Augenblick gegenüber den Verweigerern der Unterschrift angebrachte Vorwurf, das „Spiel Frankreichs" gespielt zu haben, den Unterzeichnern gemacht. Dieser Vorwurf ist so lächerlich — denn jedermann weiß, daß die Nationalisten in Frankreich nichts sehnlicher gewünscht haben, als die Verweigerung der Unterschrift und den Einmarsch ins Ruhrgebiet — daß sich eine Zurückweisung dieser lächerlichen Verdächtigung als vollkommen unnötig erweist. Das Blatt schreibt aber ferner:

„Herr Clemenceau hat gesagt, es gäbe in Deutschland zwanzig Millionen Deutscher zuviel: die französische Vernichtungspolitik hat sich dieses Wort für die Praxis zu eigen gemacht: die deutsche Sozialdemokratie bietet sich an, bei der praktischen Durchführung zu helfen. Aus den Leichen von zwanzig Millionen Deutschen, denen der Ultimatumsstrick die Kehle zuschnüren wird, türmt sich die Treppe, auf der sie wieder zur Macht emporsteigt. Und auf der Spitze dieser schauerlichen Pyramide streckt sie den französischen Militaristen und Revanchepolitikern die Hand entgegen, in die diese spucken."

Aus dieser Hoßorgie spricht die — uns verständliche — grenzenlose Wut, daß es besonders die deutsche Arbeiterklasse war, die den schamlosen Plänen der Deutschnationalen hindernd in den Weg getreten ist. Sie, die nur auf eine Katastrophe spekulieren, weil sie in den entfesselten nationalistischen Instinkten ihr Parteisüppchen kochen wollten, werden aber nicht einmal mit solchen Lügen ihre Position verbessern.

Denn so gut die Arbeiterklasse weiß, daß sie in den Deutschnationalen die schlimmsten Vertreter der Auswucherung der gesamten Arbeiterklasse zu erblicken hat, so gut erinnert sie sich aber auch gerade bei dieser Gelegenheit der Tatsache, daß es ein deutschnationaler Professor war — Professor Max von Gruber in München —, der lange vor Clémenceau die Notwendigkeit der Vernichtung oder Auswanderung von etwa 17 Millionen Deutschen „wissenschaftlich" nachzuweisen versuchte!

## Die Abstimmung über das Ultimatum

Aus dem namentlichen Nachweis zur Abstimmung über das Ultimatum der Entente in der Reichstagssitzung vom 10. Mai ergibt sich folgendes Endergebnis: Abgegebene Stimmzettel 396, ungültig 3, bleiben 393 gültige Stimmen. Davon waren mit Ja 220, mit Nein 172 und 1 Enthaltung.

Aus der Liste ergibt sich, daß die überwiegende Mehrheit der Demokraten für das Ultimatum gestimmt. Mit Ja stimmten u. a. Graf Bernstorff, Dr. Böhme-Magdeburg, Dr. Dernburg, Dr. Geßler, Dr. Hieber, Dr. Koch, Dr. Bachnicke, Dr. Petersen, Schiffer und Dr. Schücking. Von der Bayerischen Volkspartei stimmten mit Ja die Abg. Ponschab und Schirmer. Die Welfen stimmten mit Nein. Ja-Sager befinden sich ferner unter den Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, und zwar sind das die früheren Minister Heinze und Raumer, und die Abg. v. Kardorff, Frhr. von Rheinbaben, Frau von Oheimb und Thiel. Herr Stresemann, der öffentlich für die Annahme des Ultimatums eingetreten war, hat dagegen mit Nein gestimmt.

Interessant ist auch die Abstimmung der Kommunisten. Die große Mehrheit hat mit nein gestimmt, der Abg. Reich mit ja und Düwell, Kurt Geyer und — Stöcker haben nicht gestimmt, obwohl sie noch kurz vor der Abstimmung im Reichstage anwesend waren.

## Bayrische Rückzugsmanöver

### Doppelzüngigkeit — Die Regierung Kahr klebt

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 11. Mai.

Nach der Annahme des Ultimatums herrscht eine weitgehende Verwirrung in der bayrischen Regierungskoalition, die sich in verschiedenen Preßorganen bei Besprechung der Folgen des Ultimatums für Bayern widerspricht. Die „München-Augsburger Abendzeitung" gibt der Meinung Ausdruck, daß bis zur Stunde eine Stellungnahme der Reichsregierung zu den zwischen Berlin und München schwebenden Fragen nicht erfolgt sei, und daß deshalb für die bayrische Regierung die Lage noch unverändert bleibe. Die bayrische Regierung nehme deshalb eine abwartende Stellung ein, bis von Berlin weitere Schritte unternommen werden. Interessant ist auch der Widerspruch zwischen der Erklärung des Abg. Dr. Heim (Bayr. Vpt.) im Reichstag und den offiziösen Presseverlautbarungen der bayrischen Regierung. Während Heim im Reichstag erklärte, daß die politische Lage sich in Bayern soweit beruhigt habe, daß man auch an die Auflösung der Einwohnerwehr bereits denken könne, daß also eine prinzipielle Aenderung in der Auffassung über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Einwohnerwehr in der bayrischen Regierung aufgetreten sei, **läßt die bayrische Regierung in der Münchner Presse erklären, daß sie nach wie vor prinzipiell an ihrem Standpunkt über die Unentbehrlichkeit der Einwohnerwehr festhalte.** In den „Münchener Neuesten Nachrichten" wird heute eine aus dem bayrischen Ministerium des Aeußeren inspirierte Notiz veröffentlicht, die folgenden Wortlaut hat:

„Die bayrische Regierung hat zu dem Beschluß des Reichstags und zu der Lage, die durch die Neubildung der Reichsregierung geschaffen ist, noch nicht Stellung genommen. In dem, was durch die Annahme des Ultimatums der Entente besonders für Bayern in Betracht kommt, nämlich in der Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehr, ist der Weg eigentlich durch alles, was bisher geschehen und erklärt worden ist, klar gegeben. **Nach wie vor wird der bewaffnete Selbstschutz als notwendig erklärt werden.** Neu ist nur, daß der Zwang, dem allein zu weichen Herr v. Kahr immer wieder erklärt hat, nunmehr gegeben erscheint. Es ist nicht anzunehmen, daß diesen Zwang auszuweichen versucht oder ein Eingriff abgewartet wird. Entsprechend den früheren Regierungserklärungen ist das Gegebene, daß Herr v. Kahr in Verfolg einer Gradlinigen Politik für die rechtzeitige Waffenabgabe sorgt. Innerhalb der Koalitionsparteien konnte bisher keine Stimme gefunden werden, die darin eine Inkonsequenz des Ministerpräsidenten fände oder einen Grund, ihm das Vertrauen zu entziehen, das Herr v. Kahr auch im ganzen Lande im weitesten Kreise genießt. Diese Lösung entspricht auch am besten den Bedürfnissen des Landes, das vor unnötigen, politischen Erschütterungen bewahrt bleiben muß."

Die bayrische Koalition will also unter allen Umständen das System Kahr retten. Es wird Aufgabe der Reichsregierung sein, von sich aus so energische Schritte gegen Bayern in der Entwaffnungsfrage zu unternehmen, daß es dem Ministerium Kahr unmöglich wird, noch irgendein Ausweg zu finden und durch ein geschicktes Rückzugsmanöver das System Kahr, das eine ungeheure Unterdrückung des bayrischen Proletariats, eine Vernichtung aller verfassungsmäßig garantierten Freiheiten bedeutet, auch über die gegenwärtige politische Krise hinaus zu erhalten.

## Levi und die Leviten

Der Zentralausschuß der V. K. P. D. hat den Antrag der Zentrale auf Ausschluß Levis angenommen. Sieben Hände haben sich bei der Abstimmung für Levi erhoben, während 36 unentwegte Zentralisten für seine Entfernung stimmten. Und die Sieben, die gegen den Ausschluß stimmten, waren auch noch danach. Ein Bericht der „Roten Fahne" über die Sitzung des Zentralausschusses, dem man allerdings die Hand des geschickten Friseurs auf jeder Zeile anmerkt, läßt trotz seiner Unzulänglichkeit erkennen, daß sich diese Mannen keineswegs heroisch benommen haben.

Nachdem der Ausschluß Levis beschlossen worden war, schwangen sich die Leviten zur Verlesung einer Solidaritätserklärung für Levi auf, was ihnen heftige Fußtritte von den Anhängern der Zentrale eintrug. Remmele forderte sofort eine bestimmte Erklärung von den „rebellierenden Führern", daß sie sich „der revolutionären Disziplin der dritten Internationale und der Partei fügen" würden. Meyer warf ihnen vor, sie hätten nicht den Mut, klar zu sagen, was sie wollten. Koenen schlug die Verschärfung einer bereits vorliegenden Resolution vor, die sich gegen die Leviten richtete, und Ruth Fischer verlangte, daß die „Genossen der Erklärung" sämtliche Funktionen niederlegen sollen.

Das zeigt, daß die Haltung der Leviten weder die Zentralanhänger befriedigt, noch einem klaren Bekenntnis zum Bruch mit dem putschistischen Treiben gleichkommt. Die „Solidaritätserklärung", die sich die Anhänger Levis abgepreßt haben, reicht weder zum Ausschluß, noch flößt sie den Helden der Zentrale auch nur den geringsten Respekt ein. Sie sind also weder Fisch noch Fleisch. Daher die Fußtritte, die man sich solchen Kämpen gegenüber leisten kann.

Das hübscheste Merkmal für die Behandlung aber, die man den Geyer, Däumig und Genossen bietet, ist, daß man ihnen eine Bewährungsfrist zugebilligt hat. Es heißt in dem Bericht der „Roten Fahne": „Schließlich wird den acht Genossen Zeit gegeben, sich auf Grund der neugeschaffenen Situation zu verständigen."

Das heißt: zu verständigen, ob sie bleiben und sich ducken oder trotzen und — fliegen wollen. Soweit wir sie kennen, werden sie das erste wählen. Sehr deutlich kennzeichnete Ruth Fischer die „Genossen der Erklärung", indem sie sagte:

„Die Taktik der Rechten ist: die Grundsätze der Märzaktion billigen wir, aber wenn ihr wüßtet, **was hinter den Kulissen vorgegangen ist,** dann würden die Genossen anderer Meinung sein. Sie berichtet von einigen solchen haltlosen Gerüchten, wie sie in Berlin ausgestreut wurden. Anstatt, daß die Genossen, die in so unverantwortlicher Weise das Ansehen der Partei draußen im Lande herabsetzen, jetzt **mit ihrem Anklagematerial vor dem Zentralausschuß erscheinen,** ziehen sie es vor, entweder **gar nicht zu erscheinen** oder, soweit sie hier anwesend sind, **zu schweigen."**

Um „sieben Aufrechte" handelt es sich also wirklich nicht. Und so bleiben wir denn bei unserem schon einmal ausgesprochenen Urteil: Sie verleugnen ihre Ueberzeugung, um ihre Mandate zu behalten.

**Schießereien in Barcelona.** In Barcelona ist es zu Schießereien zwischen Vertretern beider Syndikate gekommen, wobei es einige Tote und zahlreiche Verwundete gab.

# Die Streikbewegung in England

### Lohnkämpfe in zahlreichen Industriezweigen

Der Exekutivausschuß des englischen Transportarbeiter-Verbandes hat in seiner Konferenz das Vorgehen der die Beförderung von überseeischer Kohle verweigernden Docker und Eisenbahner begrüßt und gebilligt. Nach einer langen Sitzung hat der Ausschuß beschlossen, das Verbot der Kohlenbeförderung zu verschärfen. Der Vollzugsausschuß der Transportarbeiter veröffentlichte ferner eine Kundgebung, die die Absicht ausdrückt, mit allen Mitteln die Beförderung ausländischer Kohle zu verhindern. Auch mit den Eisenbahnern soll Fühlung genommen werden, um alle Maßnahmen zu treffen, die zur Beschleunigung der Aktion dienen können.

Damit ist der Kampf der Bergarbeiter in ein völlig neues Stadium getreten. Die Lage erfährt aber eine weitere Verschärfung dadurch, daß immer breitere Schichten der englischen Arbeiterschaft in große Lohnkämpfe verwickelt werden. Die Ursache davon ist, daß seit einigen Wochen in England in allen Industriezweigen erhebliche Lohnkürzungen stattfinden. Das Unternehmertum macht sich die ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit zunutze und diktiert die Lohnreduktionen, über die wir mehrfach berichtet haben. Als Vorwand dazu dient ihnen eine Senkung der Lebensmittelpreise, die in der Tat eingetreten, aber keineswegs so bedeutend ist, daß Lohnkürzungen in der vorgenommenen Höhe gerechtfertigt wären. Der Streik der Londoner Elektrizitätsarbeiter, den wir gestern meldeten, ist eine solche Abwehrbewegung. Wie der „Daily Herald" berichtet, stehen auch die Seeleute und Transportarbeiter, die eben ihre Solidarität mit den Bergarbeitern durch die Tat bekunden, vor einer solchen Bewegung. Die Schiffahrtsgesellschaften wollen zirka 30 000 Schiffsangestellten die Löhne reduzieren. Die Schiffsmannschaften weisen eine solche Lohnreduktion zurück. Es dürfte auch hier zu größeren Kämpfen kommen. In diesem Kampf werden auch die Dockarbeiter einbezogen. Das monatliche Organ der Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei) berichtet in seiner Ausgabe vom 1. Mai über eine große Anzahl von Lohnreduktionen im Schiffsbau, in der Elektrizitätsbranche, im Transportgewerbe, bei den Eisenbahnen, Textil- und Jutebranche, ebenso im Maschinenbau und Baugewerbe. Auch in der chemischen Industrie, in den Sägereien und im Lebensmittelgewerbe, sind teilweise recht namhafte Lohnreduktionen durchgesetzt worden, in deren Folge es zu verschiedenen Aussperrungen und Kämpfen in den verschiedensten Industrien kam.

Diese große Bewegung ist noch nicht auf ihrem Höhepunkt angelangt. Gegenwärtig spielen sich diese Kämpfe als Einzelbewegungen im engeren Rahmen der verschiedenen Industriezweige ab, aber das solidarische Vorgehen der Transportarbeiter gemeinsam mit den Bergarbeitern kann leicht dazu führen, daß die Bewegung zu einem großen Kampfe der englischen Arbeiterklasse zusammengedrängt wird. Was indes an ihrem Charakter einer Lohnbewegung, den sie durchaus trägt, noch nichts ändern würde.

**London, 11. Mai.**

Innerhalb der letzten 24 Stunden fanden drei Kabinettssitzungen statt, die sich mit der Entwicklung in der Kohlenkrise befaßten. Die Regierung ist angesichts der Weigerung der Eisenbahner und Transportarbeiter, Kohlen zu befördern, fest entschlossen, **diese Kohlen, koste es, was es wolle, transportieren zu lassen.** Unter polizeilichem bezw. militärischem Schutz wurde in London heute von Arbeitswilligen deutsche Kohle, in Yarmouth belgische Kohle und in Glasgow Kohle aus Südwales ausgeladen.

Die Wirkung des Kohlenstreiks auf den britischen Handel geht aus der Statistik des Handelsamts für den Monat April deutlich hervor. Sowohl die Aus- als auch die Einfuhr ist fast auf die Hälfte des Umfangs im April vorigen Jahres gesunken.

## Der Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes

Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Der Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes ist von der Reichsregierung dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur verfassungsmäßigen Begutachtung zugeleitet worden. Das kommende Gesetz soll die einheitliche reichsrechtliche Regelung der gesamten Arbeitsvermittlung bringen mit dem Ziele, durch Verteilung der Arbeit nach dem Grundsatze wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und sozialer Gerechtigkeit einer Lebensfrage unseres Volkes gerecht zu werden. Planmäßig soll die Organisation des Arbeitsnachweiswesens von den örtlichen Arbeitsnachweisen als Gemeindeeinrichtungen ausgehen, denen für größere, wirtschaftlich zusammenhängende Bezirke Landesämter für Arbeitsvermittlung übergeordnet sind, die wiederum ihre sachliche Spitze im Reichsamt für Arbeitsvermittlung finden. Um die Arbeitsvermittlung einheitlich zu gestalten, ist vorgesehen, die bestehenden Formen der Arbeitsnachweise in die allgemeine Organisation einzugliedern oder sie ihr in zweckmäßiger Form anzugliedern. Dies gilt für die paritätischen Facharbeitsnachweise, wie für die Arbeitsnachweise von Innungen und Landwirtschaftskammern, und die Vermittlungseinrichtungen gemeinnütziger Vereine. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung soll unter Gewährung einer längeren Uebergangszeit aufgehoben werden. Wesentliche Bedeutung ist der Selbstverwaltung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den verschiedenen Arten der Arbeitsnachweisämter beigemessen, die besonders in den Fachausschüssen stark ausgebaut ist. Der vielfach geforderte Benutzungszwang ist im Entwurf nicht vorgesehen, sondern lediglich die Einführung einer Meldepflicht für alle offenen Stellen den Ländern freigestellt. Die Kostendeckung ist in Verbindung mit der Arbeitslosenversicherung derart beabsichtigt, daß je ein Drittel der Kosten der Arbeitsnachweisämter von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzubringen sind, während das übrige Drittel aus öffentlichen Mitteln bestritten werden soll.

## Die Hohenzollern als Schieber

### Der sorgende Familienvater

Die im Reichstag eingehend erörterte Kapitalfluchtaffäre des Prinzen Eitel Friedrich von Preußen wird am 18. Mai unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rehn vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt werden. Der am 7. Juli 1883 geborene und mit der Herzogin Sophie Charlotte von Oldenburg vermählte Prinz Eitel Friedrich von Preußen wird beschuldigt, geschäftliche Verabredungen und sonstige Handlungen getätigt zu haben, die dazu bestimmt waren, die durch die Vorschriften der Volksbeauftragten vom 21. November 1918 in den §§ 1 und 2 bezweckte Kenntnis der Steuerbehörde über das Verbringen von Vermögenswerten ins Ausland zu vereiteln, indem er dem Bankhause Grusser, Philipsohn u. Co. in der Voßstraße 18 Wertpapiere in Höhe von 337 000 Mark und 2000 Gulden zu treuen Händen aushändigte, damit der Bankier Grusser sie auf seinen Namen durch eine deutsche Bank nach Holland bringen ließ. Der von Rechtsanwalt Dr. Wangemann verteidigte Angeklagte, Prinz Eitel Friedrich, ist insofern geständig, als er die ihm vorgeworfene Tatsache an sich nicht bestreitet, jedoch rechtlich folgende Einwendungen machte:

Der legale Weg, Wertpapiere durch Vermittlung einer Bank unter Abgabe des Affidavits nach dem Auslande zu überweisen, den er außerdem nicht gekannt habe, sei ihm, als Mitglied des früheren königlichen Hauses, verschlossen gewesen. Er sei also schlechter gestellt gewesen, wie jeder andere deutsche Staatsbürger, denn die Verordnungen der Volksbeauftragten vom 13. und 30. November hatten nicht nur die Beschlagnahme und darüber hinaus die Einziehung des Kronfideikommißvermögens des früheren königlichen Hauses, sondern auch des Privatvermögens der Mitglieder der früheren königlichen Familie geplant. Jeder andere Staatsbürger, vom Arbeiter, Schlossermeister, Kaufmann bis zum Kommerzienrat und Großkapitalisten, würde einen derartigen Eingriff in seine Privatverhältnisse als unerhört bezeichnen und sich nicht gefallen lassen. Ihm dagegen, als Mitglied des früheren königlichen Hauses, sei die sogenannte Freiheit des Staatsbürgers beschränkt worden, denn infolge jener Verfügung sei ihm der Weg, den sonst jeder andere Staatsbürger einschlagen konnte, verschlossen gewesen. Keine Bank hätte seinem Auftrag auf Versendung der Wertpapiere nach dem Auslande entsprochen. Jede Benachteiligung der Steuerbehörde habe ihm ferngelegen, er vertrete sogar die Ansicht, daß jeder Staatsbürger, der Rechte für sich in Anspruch nehme, auch die Pflicht der Steuerzahlung habe, und dieser Pflicht komme er bis heutigen Tages nach. Durch jene, in der ersten Aufregung der ersten Revolutionswochen entstandene Einziehungsverordnung, die ein sonst so bekämpftes Ausnahmegesetz darstelle, wäre er völlig mittellos geworden. Seine Handlung stelle einen Akt der Selbsthilfe dar, zu dem er als sorgender Familienvater verpflichtet gewesen sei, um die Existenz seiner Familie sicherzustellen, und dieses Recht werde ihm kein menschlich und rechtlich denkender Mensch absprechen können.

Wir werden über diese interessante Verhandlung berichten.

## Die Schutzengel der Pressefreiheit

Der Regierungskommissar Hörsing hat am 29. April die „Hallesche Zeitung" für die Dauer von 10 Tagen verboten, weil sie im Monat April in zahlreichen Artikeln durch Entstellungen und unwahre Behauptungen systematisch die Staatsautorität untergraben und dadurch die öffentliche Ruhe und Sicherheit in derselben Weise geschädigt habe wie der „Klassenkampf" und andere kommunistische Pressezeugnisse. Weiter hatte Hörsing aus demselben Grunde alle im gleichen Verlage wie die „Hallesche Zeitung" erscheinenden Zeitschriften verboten. Die Angelegenheit ist auf eine Beschwerde hin einem hierfür zuständigen Ausschuß des Reichsrates überlassen worden, der das Verhalten Hörsings in dieser Angelegenheit verurteilt hat.

Die Deutschnationalen fragen nun im Reichstage bei der Regierung an, welche Vorkehrungen sie zu treffen gedenken, um solche parteiischen Maßnahmen, die der Verfassung widersprechen, in Zukunft unmöglich zu machen.

Es ist unerhört, daß die Deutschnationalen es wagen, solche Proteste zu erheben, während Tag für Tag ohne jede Rechtsgrundlage, ohne Belagerungszustand, ohne irgendwelche juristischen Handhaben die „Rote Fahne" von einer Druckerei in die andere flüchten muß. Man verfolgt die Redakteure und hält sie zeitweise fest. Das alles geschieht, ohne daß die Zeitung verboten ist, ja auch überhaupt nicht verboten sein kann. Wenn gegen diese Zustände nicht bald ein einmütiger Protest auch der gesamten bürgerlichen Presse einsetzt, dann muß man annehmen, daß die sämtlichen bürgerlichen Zeitungen heute bereits so unter dem Einfluß des Herrn Stinnes stehen, daß sie für den Gedanken an eine Freiheit der Presse überhaupt nicht mehr zugänglich sind.

## Wie die Justizmaschine arbeitet

Vor dem Ausnahmegericht in Halle hatten sich am Montag zwei Arbeiter aus Holzweißig zu verantworten, die einem Aktionsausschuß angehört und sich dadurch des Verbrechens des Hochverrats schuldig gemacht haben sollen. Als Zeugen wurden vernommen der Arbeiter Franz Klickermann, der nach seiner Verhaftung aufs fürchterlichste mißhandelt wurde, und der Arbeiter Richard Bär aus Holzweißig, der nach seiner Erklärung **in so ungeheuerlicher Weise mißhandelt worden ist, daß er nicht nur körperlich, sondern auch seelisch Schaden erlitten hat!** Zu allseitigem Erstaunen behauptete plötzlich der Staatsanwalt „er sei nicht nur dazu da, gegen die Angeklagten vorzugehen, sondern auch Unschuldige zu retten!" Dann schmälte er wehleidig, daß die Angeklagten gar so wenig Belastendes „gestanden" hätten. „Hätten sie das getan," so krähte er fast schluchzend, „hätte ich sie ehrenvoll als Hochverräter behandelt (!!) und gegen sie Festung verlangt." — „Soviel sind sie mir aber gar nicht wert, ich lasse gegen sie die Anklage wegen Hochverrats fallen und will sie nur wegen Landfriedensbruch und Rädelsführerschaft bestrafen, und zwar Seidewitz mit 1½ Jahr Zuchthaus, Rathgeber mit 1 Jahr Zuchthaus." — **„Die Angeklagten müssen verurteilt werden!"** (Wörtlich!!! D. R.)

Das Gericht war von diesem Verlangen des Herrn Staatsanwalts offensichtlich ganz verstört. Es fügte sich jedoch dem gebieterischen „Muß" des famosen Herrn Staatsanwalts nicht und sprach die beiden frei.

Damit aber kein Tag ohne Zuchthausurteil vergehe, verurteilte eine andere Strafkammer des Ausnahmegerichtes (es gibt in Halle mehrere) den Arbeiter Fritsche aus Hebra zu 3 Jahren Zuchthaus, weil er an Durchsuchungen nach Waffen teilgenommen hatte. Ist das noch „Rechtspflege"?

**Güterverkehrssperre im besetzten Rheinland.** Die Eisenbahndirektion in Köln teilt mit: Durch die Truppenbewegungen in der Richtung nach der Ruhr sind die Eisenbahnlinien des besetzten Gebietes so stark beansprucht, daß es leider notwendig geworden ist, vorübergehend eine Verkehrssperre für Frachtstückgut und Frachtgutwagenladungen zu verhängen, die sich hoffentlich nur einige Tage erstrecken wird. Die Aufhebung der Sperre wird sobald wie möglich bekanntgegeben.

**Freie Bahn für den Mietwucher.** Ein Antrag der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei wünscht eine Abänderung der Höchstmietenverordnung vom 9. Dezember 1919 dergestalt, daß die Gestaltung der Mieten freigegeben wird, mit der Maßgabe, daß bei Wohnungen sich der Herstellungswert des Hauses oder der Erwerbswert von 1918 nach Deckung aller direkten Lasten (normale Instandsetzung, Steuern, Wasser usw.) und unter Berücksichtigung der Verwaltungskosten nicht höher als sonstige festangelegte Kapitalien verzinsen darf.

# Der Aufstand in Oberschlesien

## Die Demarkationslinie

Die Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden der Interalliierten Kommission in Oberschlesien, dem französischen General Le Rond und dem Führer der Aufständischen, dem Polen Korfanty, haben nach der von uns bereits wiedergegebenen Meldung zur Festsetzung einer Demarkationslinie geführt. Sie soll von Oderberg an längs der Oder bis nach Dzirgowitz, dann über Ujest, Tost, Sawatzki und Guttentag bis nach Bodanowicz an der polnischen Grenze verlaufen. Die östlich und nördlich dieser Linie liegenden Kreise Pleß, Rybnik, Gleiwitz, Beuthen, Kattowitz, Königshütte, Tarnowitz, Hindenburg und der größte Teil von Lublinitz würde damit den Aufständischen überlassen bleiben. Die Polen haben diesen Beschluß bereits so ausgelegt, daß ihnen nunmehr dieses ganze Gebiet zugefallen sei, und keine Macht der Erde könne es ihnen wieder entreißen. Die Truppen der Interalliierten Kommission sollen hinter die Demarkationslinie zurückgezogen werden, die ganze Gewalt soll den Aufständischen übertragen werden.

Es besteht kein Zweifel, daß diese Meldung den Tatsachen entspricht, denn sie wird nicht nur von polnischer, sondern auch von englischer Seite verbreitet. Es muß jedoch mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß die Entente sofort diesen Beschluß rückgängig macht und die dafür Verantwortlichen zur strengsten Rechenschaft zieht. Der französische Militär, der an der Spitze der Interalliierten Kommission steht, hat nicht nur seine Befugnisse überschritten, das Ansehen seiner Auftraggeber schwer geschädigt, er hat die Bedingungen des Friedensvertrages ganz offensichtlich verletzt. Noch vor einigen Tagen hat sich Lloyd George dafür verbürgt, daß die Alliierten von ihrer Seite aus alle Bestimmungen des Vertrages von Versailles auf das genaueste beachten würden. Hier liegt eine so krasse Verletzung des Vertrages vor, daß die Alliierten, sollen ihre Worte überhaupt noch ernst genommen werden, soll man ihnen als Vertragsgegner noch irgendwelches Vertrauen entgegenbringen, sofort für die Korrektur des Geschehenen sorgen müssen.

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages sollte die Entscheidung über die staatliche Zukunft Oberschlesiens nach einer Volksabstimmung fallen. Diese haben wir nun glücklich hinter uns, die Entscheidung des Obersten Rates der Alliierten steht aber noch aus. Bis dahin verwaltet die Interalliierte Kommission als Treuhänder das Land, sie ist verpflichtet, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, sie hat alle Maßnahmen zu treffen, damit weder von polnischer noch von deutscher Seite der Entscheidung der Alliierten vorgegriffen wird. An diesen vertraglichen Vereinbarungen gibt es nichts zu rütteln und nichts zu deuteln. Entweder ist der Aufstand von den oberschlesischen Polen hervorgerufen worden, dann hat die Interalliierte Kommission die Pflicht, für die schleunigste Wiederherstellung der Ordnung zu sorgen, oder der Aufstand ist von Polen ausgegangen, dann muß er erst recht und aufs schnellste beendet werden, und darüber hinaus müssen die Alliierten auch die polnische Regierung zwingen, die von ihnen getroffenen vertraglichen Vereinbarungen zu respektieren.

Die Interalliierte Kommission hat bis vor wenigen Wochen ihr schwieriges Amt so verwaltet, daß zu besonderen Klagen keine Veranlassung vorlag. Mit Beginn des polnischen Aufstands hat aber General Le Rond über der traditionellen französischen Freundschaft für die Polen anscheinend vergessen, welche Aufgaben er im Auftrage der Alliierten in Oberschlesien zu lösen hat. Es genügt nun nicht mehr, daß die Alliierten diesen Militär zur Ordnung rufen. Die Bevölkerung Oberschlesiens kann zu einem Manne kein Vertrauen mehr haben, der in dieser Weise die ihm übertragenen Pflichten verletzt.

Nicht nur muß dieser Posten mit einer Persönlichkeit besetzt werden, an deren Objektivität nicht gezweifelt werden braucht, die Alliierten müssen auch für die schleunigste Beendigung des polnischen Abenteuers in Oberschlesien sorgen. Schließlich wäre es auch an der Zeit, daß der Oberste Rat seinen Spruch über Oberschlesien fällt!

Zu unseren Gesinnungsgenossen in den alliierten Ländern haben wir das Vertrauen, daß sie ihre Regierungen zwingen, den Bestimmungen des Friedensvertrages auch für Oberschlesien volle Geltung zu verschaffen.

### Die Lage

**Berlin, 11. Mai.**

W. T. B. meldet: In der Lage Oberschlesiens ist eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Wenn es auch gelungen ist, den Polen den Hafen von Kosel, den sie gestern besetzt hatten, wieder abzunehmen, sind doch große Mengen von Lebensmitteln in die Hände der Polen gefallen, so u. a. 40 000 Zentner Mehl, die zur Linderung der Lebensmittelnot dort aufgespeichert waren. Die Tat zeigt, welche Schwierigkeiten zur Durchführung der geplanten Lebensmittelaktion zu bekämpfen sind.

In einem von den polnischen Aufrührern veröffentlichten Heeresbericht wird behauptet, daß bei den Kämpfen um Pogoszelletz und Birawa Reichswehrabteilungen festgestellt worden seien. Dadurch sei eine neue Lage geschaffen, der die polnische Regierung sofort Rechnung tragen werde.

Demgegenüber wird von zuständiger Stelle erklärt, daß nicht ein einziger Reichswehrsoldat an den Kämpfen in Oberschlesien teilgenommen hat. Die lügnerische Darstellung der polnischen Aufrührer hat nur den Zweck, die Teilnahme polnischer regulärer Truppen an den Kämpfen in Oberschlesien zu rechtfertigen.

### Der polnische Triumph

**Gleiwitz, 11. Mai. (W. T. B.)**

Die „Oberschlesische Post", eine in Gleiwitz in deutscher Sprache erscheinende polnische Zeitung, meldet, das polnische Kommando veröffentliche folgende Bekanntmachung: Auf Grund einer Vereinbarung der Obersten Leitung der Truppen der Aufständischen mit den alliierten Behörden sind **die militärischen Operationen eingestellt und eine Demarkationslinie festgesetzt worden,** auf welcher die Aufständischen Halt gemacht haben. Diese Linie entspricht voll den Stellungen, welche die Aufständischen besetzt hatten. Die interalliierten Behörden haben die Garantie übernommen, **diese Linien aufrecht zu erhalten und den Waffenstillstand durchzuführen.** Die Demarkationslinie läuft längs der Oder bis zur Fähre westlich von Dziergowitz, darauf durch Kandrzin, westlich von Ujest, Groß-Strehlitz und Kolonnowska, östlich von Guttentag durch Botzanowitz, Kreis Rosenberg, bis zur polnischen Grenze. Der Chef des Stabes: Borelowsky, der Führer der Gruppe Ost: Hauk.

### Der Schritt der Alliierten in Polen

**EE. Paris, 11. Mai.**

Der von der Botschafterkonferenz beschlossene gemeinsame Schritt der alliierten Mächte in Polen wurde von dem französischen Gesandten Panafieu sowie von dem englischen und italienischen Geschäftsträger unternommen. Die drei Vertreter der alliierten Regierungen luden die polnische Regierung ein, **jede Solidarität mit den aufrührerischen Elementen zu vermeiden.**

# Lebensmittel

Damen-Strümpfe schwarz oder weiß, lang 6⁹⁵ 8⁹⁵
Damen-Strümpfe Schleierflor, in reichhaltigem, modernem Farbensortiment.. 24⁷⁵
Damen-Strümpfe schwarz oder farbig, reine Seide, mit Florrand u. Sohle 39⁷⁵
Herren-Socken schwarz oder farbig.................. 7⁹⁵

## Herren-Artikel

| | | |
|---|---|---|
| Sportkragen | weiß Rips-Pikee..... | 4.50 |
| Serviteur | aus gutem farbigen Zephir ......... | 4.50 |
| Serviteur | mit festem Steh-umlegekragen. | 16.75 |
| Selbstbinder | großes mod. Farbensort. | 9.75 |
| Strickbinder | neue Streifenmuster | 14.50 |
| Strohhut | moderne Form.. | 29.50 |
| Oberhemd | farbig. durchgeh. Zephir | 68.50 |
| Oberhemd | farb. m. Krag. Falten-Einsatz | 89.50 |

**Spazierstöcke** in gut. Ausführung, Rohr, m. Hornknopf **19.75**

**Schwarze Halbschuhe** für Damen, m. Lackkappen u. hoh. Absatz **95.00**
**Braune Halbschuhe** für Damem, Derbyschnitt, hoher Absatz **149.00**
**Braune Halbschuhe** für Damen, echt Chevreau, eleg. Form **195.00**

## Frisches Fleisch

| | | |
|---|---|---|
| Suppenfleisch | Pfund | 10.00 |
| Rinderbrust | Pfund | 11.00 |
| Schmorfleisch | m. Knoch. Pfd. | 12.00 |
| Gehacktes | Pfund | 12.00 |
| Kalbvorderfleisch | Pfund | 10.50 |
| Kalbskeule | Pfund | 11.50 |

| | | |
|---|---|---|
| Spitzbeine | gepökelt......Pfund | 5.00 |
| Ohren u. Schnauzen | gepök. Pfund | 7.50 |
| Schweineschmalz | Pfund | 9.75 |
| Kaninchen | gefroren, ohne Kopf und Füße Pfund | 4.00 |
| Margarine | Pfund | 7.80 |
| Speck | geräuchert.......Pfund | 9.80 |

Brie-Käse Pfund 7.20
Gouda-Käse Pfd. 9.80

## Wurst

| | | |
|---|---|---|
| Leberwurst | Hall. Art Pfund | 11.00 |
| Rotwurst | Pfund | 11.00 |
| Landleberwurst | Pfund | 13.00 |
| Fleischwurst | Pfund | 14.00 |
| Grobe Mettwurst | Pfund | 21.00 |
| Mettwurst | Braunschweiger Art.........Pfund | 23.00 |

| | | |
|---|---|---|
| Himbeersaft | mit Zucker ..... ½ Flasche | 11.50 |
| Pudding-Pulver | div. Geschmack | 55 Pf. |
| Kond. Milch | mit Zucker, (Magermilch).......Dose | 4.25 |
| Alpenmilch | (Schweizer) Kondens. Vollmilch.....Dose | 6.25 |
| Kunsthonig | Pfund | 4.25 |
| Apfelmus | in Weißblech, 2 Pfd.-Dose | 3.95 |

| | | |
|---|---|---|
| Marmelade | Vierfrucht ...Pfund | 3.75 |
| Kaffee | frisch gebrannt, ⅛ Pfund | 9.00 |
| Weiße Bohnen | Pfund | 85 Pf. |
| Riesen-Erbsen | Pfund | 1.95 |
| Grüne Erbsen | Pfund | 1.75 |
| Vollreis | Pfund | 2.30 |
| Kartoffelmehl | Pfund | 2.95 |
| Maismehl | entbittert und entölt ....... Pfund | 2.40 |
| Maisgries | entbittert und entölt ...... Pfund | 2.40 |
| Haferflocken | Pfund | 2.30 |
| Nudeln | Pfund | 5.90 |
| Kabeljau | frisch, ohne Kopf, im Ganzen ... Pfund | 1.40 |
| Bücklinge | geräuchert ........... Pfund | 4.20 |
| Große Salzheringe | Stck. | 30 Pf. |

# Jandorf

Belle-Alliance-Str. Große Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorfer Str.

---

## Theater und Vergnügungen

**Volksbühne**
7 Uhr: Das Postamt
Die Komödie der Irrungen

**Neues Volkstheater**
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: **Nora**

**Staatstheater.**
Opernhaus
7 Uhr: Cavalleria rusticana — Bajazzi
Schauspielhaus
7 Uhr: Torquato Tasso

Direktion: Max Reinhardt.
**Deutsches Theater**
7½: Potasch u. Perlmutter

**Kammerspiele**
8 Uhr: Mesalliance

**Großes Schauspielhaus**
Karlstraße
7 U.: Der Kaufmann von Venedig (14. Abteilung, 4. Abend)

Theater i. d.
**Königgrätzer Str.:**
7½ Uhr: **Erdgeist**
(Maria Orska, Alb. Steinrück)
Freitag: Rugby
Sonnabend: Rugby
Pfingstsonntag: Rugby
Pfingstmontag: Salome
(Maria Orska, Ernst Deernburg)

**Komödienhaus:**
7½ Uhr:
**Die Sache mit Lola**
Ab Sonnabend, 14. Mai:
**Der blonde Engel**
von Robert Winterberg
Uraufführung

**Berliner Theater:**
DAS
**Milliarden Souper**
7.30 Uhr: Hilde Wörner, Michl Eliest, Ralph Arthur Roberts, Herb. Küper, Paul Rebkopf

**Kleines Theater**
7½ Uhr: **Nur ein Traum**
(Olga Limburg, Eugen Burg)
Sonnt. nachm. 4: Casanovas Sohn

**Residenz-Theater**
Täglich 7½ Uhr:
**Das Privileg**
(Paul Wegener, Lucie Höflich, Ilka Grüning, Ad. Edgar Licho)
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer

**Trianon-Theater**
Täglich 7½ Uhr: **Rosen**
von Hermann Sudermann
(Olga Limburg, Carola Toelle, Käthe Haack, Falkenstein, Vallentin, Schroth, Bendow)
Sonntag nachm. 4 Uhr: Rosen

**Thalia-Theater**
7½ Uhr: **Mascottchen**

**Komische Oper**
Täglich 7½ Uhr: **Alt-Heidelberg**
Oper von Pachiernati

**Theater am Nollendorfplatz**
7 Uhr:
**Der Vetter aus Dingsda**

**Walhalla-Theater**
7½ Uhr:
**Die Scheidungsreise**

**Lessing-Theater**
Direkt.: Victor Barnowsky
7½ U.: **Ein idealer Gatte**
Freitag 7 Uhr: Peer Gynt
Sonnabend 7: Neueinstudiert:
**Rosenmontag**
Sonntag und Montag 7½: Rosenmontag

**Deutsch. Künstl.-Theater**
Allabendlich 7½ Uhr:
**Die selige Exzellenz**
(Adalbert, Junkermann, Büller)

**Rose-Theater**
7½ Uhr:
**Nur nicht drängeln**

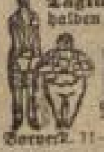
½8 **Folies Caprice** ½8
Am Badestrand
Morgen 8 Uhr Erstaufführung:
Der ledige Ehemann
mit Ferd. Gräuecker

½8 **Casino-Theater** ½8
**Bollrich & Sohn**
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag
Nachm. 3½ U.: Höllenqualen

**7½ Apollotheater 7½**
Friedrichstraße 218
Naturalistische Neuheit
Im Reiche der Venus
und weitere 10 Sensationen.

**Residenz-Kasino**
Blumenstraße 10
Täglich:
Großer Witwenball

**Theater a. Kottbus. Tor**
Kottbuser Straße 6.
Täglich 7½ Uhr und zu halben Preisen Sonntags nachm. 3 Uhr



**Elite-Sänger**
Neues Programm!
Vorverk. 11—1½ und 4—6 Uhr.

... straße 54.
präz. 7¼ Uhr:
**12 Mai-Attraktionen**

**Berliner Prater**
Kastanien-Allee 7-9
Täglich 4½ Uhr:
**Die Schönste von Allen**
Operette von Jean Gilbert
• Varieté Sensationen •

**CIRCUS BUSCH**
7 U., Sonn- u. Festtags auch 3 U.
Die ausgezeichneten
**Circus-Sensationen!**
„Das denkende Pferd"
„Der Jiu-Jitsu-Meister"
8½ Uhr: Manegeschaustück
**„Krone und Fessel"**
mit Johannes Riemann als Gast
Vvkf. Wertheim u. Circuskasse

---

**Wo gibts die billigsten Seifen**
bei Seifenschneider, Pücklerstrasse 44.

**Spezial-Arzt**
Dr. Scotti, Rosenthalerstr. 69-70
für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden. Syphilis-, Salvarsan-Kuren. Blutuntersuchungen. Damen separat. 10—1, 5—7.

**KOGNAK**
erstkl. Verschnitt M. 38.00
Reiner Weinbrand „ 42.00
Advokat aus frischen Eiern, zuckergef.. M. 48.00
Allasch, zuckerg. 44% „ 50.00
Feinster Malaga „ 24.00
Süßer, rot. Taragona 24.00
Mosel- u. Rheinwein „ 11.00
Alles mit Freigeld. Weine ohne Steuer. Sämtliche andere Spirituosen, Weißwein, Rotwein, Sekt billigst.

**Zigaretten,**
Zigarren, Tabak, billiger wie überall.

**Schlaraffia**
Turmstr. 80 / Münzstr. 2, Potsdamer Straße 20b.

**Schokoladen**
100-g-Tafel 3.25
Alpenmilch, Block 50 u. 100 gr.
Vollmilch 50 u. 100 gr.
Silberstreifen
**Schneider, Rodenbergstr. 9**
Geeign. Artikel für Glücksräder

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

**Kolonie Zeesen,**
wenige Minuten vom Ser. landschaftlich schön und bequem erreichbar gelegen, verkaufe Landparzellen von 1800 M. an bei kleiner Anzahlung und günstigsten Zahlungsbedingung. Vertreterbesuch kostenlos.
**W. Koschatzky,**
Berlin C 54,
Rosenthaler Str. 39
9—4. Teleph.: Norden 5002.

Endlich X
**Monats-Anzüge!**
Covertkoats, Raglans, Cutaways, Hosen teils auf Seide
Verkauf zu enorm billigen Preisen
Keine Lombardware
**Leihhaus Brunnenstr. 5**
Ankauf und Beleihung jeder Wertsache

**Gänsefedern**

Millertige, auch ungerissen, aus erster Hand.
**Paul Paegelow**
Wriezen 150 drbr.

Leicht beschädigte
**Klassiker, Romane, Jugendschriften**
**Sozialistische Literatur**
**25% Preisermäßigung**
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2
Breite Straße 8/9

---

## Konsumverein „Mercur" für Spandau u. Umgegend
e. G. m. b. H.

**Am Freitag, den 20. Mai 1921, abends 7³⁰ Uhr**
in der **Aula des Lyzeums,** Askanierring

# Außerordentliche General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Aussprache u. Beschlußfassung über die Auflösung unseres Vereins (Verschmelzung mit der Konsumgenossenschaft Berlin).
2. Wahl von drei Liquidatoren.

**Der Aufsichtsrat**
**des Konsumsvereins „Mercur" für Spandau u. Umgegend**
Adolf Sommer, Vorsitzender.

NB. Zu dieser Versammlung haben nur Mitglieder Zutritt, die sich durch das **Mitgliedsbuch** legitimieren können. Die grüne Karte gilt **nicht** als Legitimation.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.

**Todes-Anzeige.**
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher
**Gerhard Fricke**
am 8. d. M. gestorben ist.
**Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Mai 1921, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf (West), Kögelstr., aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
**Die Ortsverwaltung.**

**Expedientin**
mit allen Kontorarbeiten vertraut, für sofort gesucht.
A. Seehof & Co. Verlag, Neue Schönhauser Str. 9.

**Höchste**
Beleihung jed. Wertsache
Leihhaus Brunnenstr. 5
Ankauf u. Verkauf

**EMILE ZOLA**
**GESAMMELTE NOVELLEN**
Durchgesehen und herausg. von Hans Jacob
**Drei Bände**

Zum ersten Male wird hier eine Zusammenfassung von Zolas novellistischem Schaffen in deutscher Sprache geboten, in der wir neben den allbekannten Meisternovellen des grossen Romanschriftstellers auch Werke finden, die bisher in Deutschland wenig zugänglich waren. Unmittelbar mit Wärme und Leidenschaft spricht aus dieser Sammlung menschliches Erleben, innere Erschütterung.

Preis: elegant gebunden m. farbigen Umschlagzeichnungen M. 100.—, in Halbleder M. 150.—
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den
**VERLAG GUSTAV KIEPENHEUER POTSDAM**

## Deutscher Metallarbeiter-Verband
**Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85**
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

**Zur besonderen Beachtung!**
Der Pfingstfeiertage wegen bleibt unser Bureau am Montag, den 16. und Dienstag, den 17. Mai 1921, geschlossen. Am Sonnabend, den 14. Mai 1921, ist das Bureau bis mittags 12 Uhr geöffnet.

**Achtung! Engere Ortsverwaltung!**
Am Dienstag, den 17. Mai 1921, fällt die Sitzung der engeren Verwaltung aus.
**Die Ortsverwaltung.**

## Verein Berliner Buchdrucker u. Schriftgiesser

**Freitag, den 13. Mai, abends 5½ Uhr**
**General-Versammlung**
im **großen Saale der Bockbrauerei,** Fidicinstr. 2-3.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Tarif-Ausschußsitzung.
2. Beschlußfassung über die Abänderung des Beitrages und der Karenzen des Extrazuschusses bei Arbeitslosigkeit.
3. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind außer den Generalversammlungsdelegierten, die Vertrauensleute und Druckereikassierer eingeladen. — Ohne Legitimation kein Eintritt.
**Der Gauvorstand.**

## Verband der Buchbinder u. Papierverarbeiter

**Achtung!** **Achtung!**
Freitag, den 13. Mai, nachmittags 5 Uhr, in den Berliner Vereins- und Konzertsälen, Kommandantenstr. 58
**Große Mitglieder-Versammlung**
Tagesordnung:
**Stellungnahme zur Urabstimmung**
(Frage der Moskauer Delegation)
In dieser Versammlung ist das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen **unbedingte Pflicht.**
**Die Ortsverwaltung.**

# Wichtig für jeden Steuerpflichtigen

## Das neue Reichseinkommensteuergesetz

mit Einleitung und Erläuterungen, Musterberechnungen, Sachregister, Einkommensteuer-Tabelle
für
Arbeiter, Angestellte u. Gewerbetreibende
**Von Eugen Prager / Preis 4.00 Mk.**

Zu beziehen durch die
**Buchhandlung „Freiheit" / Berlin C 2 / Breite Straße 8-9**
Auch durch alle Filialen der „Freiheit"

**Kaufen Sie keine Anzüge**
bevor Sie mein Lager gesehen haben. Herren-Anzüge, erstklassig, mit prima Zutaten verarbeitet
Mk. 355,—, Mk. 385,—, Mk. 425,—, Mk. 465,—.
Jeder, auch weiteste Besuch sehr lohnend.
**A. ZANGER, Berlin, Münzstraße 26 II**

# Groß-Berlin

## Abbau der Krankenhäuser!

In der „Freiheit" wurde kürzlich ein Protest des Betriebsrates der Kinderheilstätte Lichtenberg gegen die beabsichtigte Schließung dieser Anstalt veröffentlicht. Jetzt stellt sich heraus, daß die Absicht nur ein Teil eines geradezu unglaublichen Vorhabens ist, nämlich des **Abbaues der Krankenfürsorge durch die Landesversicherungsanstalt Berlin!**

Der Gesamtvorstand und Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Berlin haben einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Die Kosten der freiwilligen Leistungen der Landesversicherungsanstalt Berlin, auf dem Gebiet der vorbeugenden Krankenfürsorge, sind durch die enorme Steigerung der Ausgaben für Lebensmittel, Löhne, Gehälter und Materialien aller Art, insbesondere für Kohlen, derartig gestiegen, daß sie aus den laufenden Einnahmen nicht bestritten werden können und bereits seit längerer Zeit eine starke Minderung des Vermögens der Landesversicherungsanstalt Berlin herbeigeführt haben. Wenn die Landesversicherungsanstalt trotzdem bislang alle ihre Fürsorgeeinrichtungen uneingeschränkt aufrechterhalten hat, so hat sie dies in der bestimmten Erwartung getan, daß von der Reichsregierung die notwendigen Schritte zur Abhilfe des Notstandes getan werden würden. Zu dieser Erwartung war die Landesversicherungsanstalt Berlin um so mehr berechtigt, als der Reichstag in einer Resolution die Reichsregierung ersucht hatte, gesetzgeberische Maßnahmen zur Beseitigung des Notstandes so rechtzeitig vorzubereiten, daß diese um 1. Juli in Kraft treten können. Obwohl nun bei der Landesversicherungsanstalt eine Einschränkung ihrer Fürsorgemaßnahmen um die Hälfte bereits dadurch eingetreten ist, daß sie den Umfang dieser Maßnahmen, trotz der durch die Eingemeindung herbeigeführten Verdoppelung der Zahl ihrer Versicherten nicht vergrößert hat, so ist die Anstalt zu ihrem lebhaftesten Bedauern zur weiteren Einschränkung ihrer vorbeugenden Maßnahmen gezwungen. Gesamtvorstand und Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Berlin beschließen daher:

**1. Die Kinderheilstätte Lichtenberg wird aufgelöst. 2. Die gesamte Zahnfürsorge wird eingestellt. 3. Die Zahl der Betten der Arbeiterheilstätte Boelitz wird bis auf 300 bis 400 Betten für Lungenkranke eingeschränkt, falls nicht bis spätestens zum 1. Juli gesetzgeberische Maßnahmen zur Beseitigung der Notlage herbeigeführt sind 4. Alle sonstigen Fürsorgeeinrichtungen bleiben bis auf weiteres bestehen.**

Die Tuberkulose, die Unterernährung, die Krankheiten nehmen zu — und die Krankenfürsorge wird abgebaut! Wenn man den Beschluß dieser Behörde liest, zweifelt man ernstlich daran, ob noch Vernunft und gesunder Menschenverstand in unserer Zeit herrschen. Für allen möglichen Blödsinn wie Reichswehr und Bischöfe wirft man Riesensummen hinaus, und für die allerdringlichsten Maßnahmen zur Vorbeugung vor Seuchen und Bekämpfung der Krankheiten sind keine Mittel da! Es muß vom Reichstag gefordert werden, daß er die Reichsregierung sofort veranlaßt, Mittel bereitzustellen, bevor dieser unglaubliche Beschluß der Landesversicherungsanstalt erst zur Tat wird!

## Höhere Häuser in Berlin

** Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer letzten Sitzung im Zusammenhang mit den Beschlüssen über eine Erhöhung der baupolizeilichen Gebühren einen gemeinsamen Antrag der Deutschen Volkspartei und des städtischen Ausschusses für Erwerbslosenfürsorge einstimmig angenommen, worin der Oberbürgermeister als Leiter der städtischen Baupolizei ersucht wird, bei der Erteilung der Genehmigung von Plänen über das Aufsetzen eines weiteren Stockwerkes auf Geschäftshäuser und Verwaltungsgebäude Erleichterungen zu gewähren. Mit diesem Beschluß wird nicht etwa die Errichtung von Wolkenkratzern und sogen. Hochhäusern bezweckt, sondern lediglich das Bestreben von Banken und großen Geschäftsfirmen unterstützt, die ihre Gebäude um ein Stockwerk erhöhen wollen. Die Bauarbeiten sind auf 50 Millionen in diesem einen Falle veranschlagt und würden dem darniederliegenden Berliner Bauhandwerk reiche Arbeit zuführen. Nur von diesem Gesichtspunkt, die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu beheben, soll die Baupolizei, die noch Schwierigkeiten wegen der angeblichen Beeinträchtigung von Licht und Luft in den Höfen der Geschäftshäuser macht, diese Bedenken zurücktreten lassen, nachdem sie hinsichtlich der Straßenfluchtlinien keine Einwände erhoben hat.

## Wird die Berliner Wertzuwachssteuer genehmigt?

** Die ministerielle Entscheidung über die von den Berliner städtischen Körperschaften beschlossene Wertzuwachssteuer ist, wie wir hören, in den nächsten Tagen zu erwarten. Die zuständigen Minister haben sich für die Stadt Berlin die Erteilung der Zustimmung ausdrücklich vorbehalten. Wie erinnerlich, hat die Handelskammer zu Berlin gegen die Höhe der Berliner Zuwachssteuersätze Einspruch erhoben. Zur Beurteilung der Frage, ob die Berliner Steuerordnung Aussicht auf Bestätigung hat, ist ein neuer Runderlaß der Minister des Innern und der Finanzen von wesentlicher Bedeutung. In diesem Erlaß wird betont, daß für alle den Gemeinden gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten, eine Zuwachssteuerordnung einzuführen, als höchst zulässiger Steuersatz 50 Prozent des Wertzuwachses gelten sollen. Es soll auch bei der Ausübung des Steuerrechts durch den Wettbewerb der Kreise und der kreisangehörigen Gemeinden weder der Höchstsatz von 50 Prozent überschritten, noch den Gemeinden oder Kreisen das ihnen zustehende Steuerrecht verkümmert werden. Auf Grund dieser Richtsätze sind die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten ermächtigt worden, Steuerordnungen, die der dem Erlaß beigefügten Musterzuwachssteuerordnung im wesentlichen entsprechen, die Zustimmung zunächst für ein Jahr mit der Maßgabe zu erteilen daß aus dieser Zustimmung keine Ansprüche irgendwelcher Art gegen den Staat oder das Reich auf Gewährleistung eines Steuerbetrages oder in ähnlicher Beziehung hergeleitet werden können, falls etwa das Reich oder der Staat genötigt sein sollten, diese Steuerart für sich in Anspruch zu nehmen. Falls die Steuer nach Ablauf des Jahres weiter erhoben werden soll, muß rechtzeitig ein neuer Beschluß der Gemeindebehörden oder Gemeindeverbände herbeigeführt und die weitere Genehmigung eingeholt werden.

## Ein Sittenbild aus der „besseren" Gesellschaft

Geradezu erschreckende Sittenbilder wurden in einer Verhandlung aufgerollt, welche unter Vorsitz des Amtsgerichtsrat Krönke das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte. Angeklagt wegen Diebstahls bzw. Hehlerei waren der 22jährige Schneidergeselle Dobroschowski und fünf andere Personen, welche sich der Hehlerei schuldig gemacht haben sollten.

Die Beweisaufnahme entrollte Sittenbilder, gegen welche der Inhalt sämtlicher sog. Aufklärungsfilme, inkl. der verbotenen, wahre Ammenmärchen sind. Die Hauptrolle in dieser Angelegenheit spielte die jetzt 21jährige Tochter Emmi eines zu den „neuen Reichen" zählenden Fabrikbesitzers J., der zwar der deutschen Sprache nicht mächtig, dafür aber über eine Luxuswohnung, Motorboot und Auto verfügt. Das vielversprechende Töchterchen dieses Zeugen mit kurzgeschnittener strohblondgefärbter Babifrisur stellt einen ganz besonderen, leider aber nicht mehr seltenen Typ der „Mädchen von heute" dar. Wie von Justizrat Dr. Davidsohn durch die beantragte Vernehmung des Schiffskapitäns Trill und eines Fräuleins Margarete L. unter Beweis gestellt wurde, hatte der Angeklagte D. die Emmi J. auf einen Ausflug auf dem Dampfer „Niederland" der Reederei Nobiling kennengelernt und war sofort von der J. zu einem „Stelldichein" in der Kajüte eingeladen worden, wofür sie in Gegenwart des T. von dem Angeklagten 20 M. verlangte. Trill machte letzteren auch sofort darauf aufmerksam, daß das Fabrikbesitzerstöchterlein auch mit sämtlichen Heizern des Dampfers in Beziehung gestanden und je 5 Mark erhalten habe. Trotzdem kam mit dem Angeklagten D., der sich den ganzen zweifelhaften Verhältnissen angepaßt und sich mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse geschmückt hatte, ein Verlöbnis zustande. Als Verlobungsgeschenk erhielt D. unter Beweis stellte, habe die eigene Mutter der J. zur Verlobung gedrängt, da sie dann selbst ein „freieres Leben" führen könne, da sie ein Verhältnis mit einem Korvettenkapitän habe, während ihr Mann zu einer Russin in Beziehungen stehe. — Vor einiger Zeit erstattete der Fabrikbesitzer Anzeige, daß während seiner Abwesenheit aus seiner Wohnung mittels Einbruchs Perserteppiche u. a. im Gesamtwerte von 80 000 M. gestohlen worden seien. Die Ermittlungen ergaben das überraschende Resultat, daß das eigene Töchterlein den Einbruch inszeniert hatte, wie sie jetzt behauptet, auf Drängen des Angeklagten. Die Beweisaufnahme bestätigte, daß die Emmi J. bei dem Verkauf der gestohlenen Sachen zugegen gewesen war. Der Angeklagte behauptet seinerseits, daß die J. selbst den Lieblingshund ihrer Mutter bei dem „Einbruch" totgeschlagen habe. — Auf Grund der von Justizrat Dr. Davidsohn und Rechtsanwalt Jul. Wertheim gestellten Beweisanträge, deren Wiedergabe aus naheliegenden Gründen nicht möglich ist, kam das Gericht zu einer Freisprechung der sämtlichen Angeklagten, da der Zeugin J. jede Glaubwürdigkeit abgesprochen werden müsse.

## Ein Mörderbrief aus der Fremdenlegion

An ein Kapitalverbrechen in Berlin erinnert ein Brief, den jetzt Kriminalkommissar Trettin von einem Fremdenlegionär erhalten hat. Das Schreiben ist aus Le Crateder datiert und lautet:

„Sehr geehrter Herr Trettin!

Zunächst einen schönen Gruß. Bin wohl geborgen, ich bin nämlich in der Fremdenlegion. Ich bin mir ja jetzt sicher, da kann ich ja ruhig schreiben. Es ist ja schade, daß ich aus dem schönen Deutschland weglaufen mußte, aber ich mußte eben, denn auf Mord gibt es allerhand Knast. Ich habe zunächst meinen Namen gewechselt und marsch in die Legion. Damit Sie mich nicht mehr zu suchen brauchen, schreibe ich meine Adresse. Hier kriegt ihr mich doch nicht. Ich habe mich auf fünf Jahre verpflichtet. Schade um die hohe Belohnung, die ihr für mich ausgesetzt habt. Ich bin nun schon verschiedene Monate hier. Gefällt mir tadellos, besser wie in Sonnenburg. Da habt ihr wohl alle Augen gemacht, als ich das Ding drehte und solch bösen Ausgang nahm. Totschlagen wollte ich eigentlich nicht, aber half er sich. Es war eben passiert. Die Belohnung geht jetzt flöten. Die besten Grüße an Ihre Herren Kollegen. Ihr P. Lunow. Ja, wenn Ihr den richtigen Namen wüßtet."

Der Briefschreiber ist höchstwahrscheinlich der 24 Jahre alte aus Berlin gebürtige Stellmacher Walter Liesegang, der wegen des am 23. September v. J. in der Linienstr. 73 an dem 76 Jahre alten Rechtskonsulenten und Geldverleiher Engelmann verübten Raubmordes als Haupttäter von der Kriminalpolizei gesucht wird. Engelmann hat zunächst mit einem Hammer einen Schlag auf den Kopf erhalten, dann ist ihm auch noch der Hals durchschnitten worden. In Untersuchungshaft befinden sich wegen dieses Verbrechens eine Händlerin Frau Schulz, die dazu angestiftet haben soll, das aber bestreitet, und ein Ehepaar Hause, das der Teilnahme und Mitwisserschaft geständig ist und auch Frau Schulz belastet. Liesegang, der bei dem Ehepaar Hause gewohnt hat und mit Frau Hause zusammen den alten Geldverleiher aufsuchte, um ihn zu ermorden und zu berauben, verschwand gleich nach der Tat aus Berlin, wo er auch wegen mehrerer Einbrüche bereits gesucht wurde. Postkarten und Briefe, die seitdem bei seinen Angehörigen eingegangen sind, machten es zur Gewißheit, daß der Verfolgte in der Fremdenlegion einen Unterschlupf gefunden hat. Der Brief an den Kommissar stammt aller Wahrscheinlichkeit nach auch von ihm. Es besteht die Vermutung, daß Liesegang auch bei dem Doppelraubmord an der Zimmervermieterin Rühle und dem Geldbriefträger Weber in der Spandauer Straße seine Hand im Spiel gehabt hat.

## Kommunale Kommission Groß-Berlin

Freitag, abends 6 Uhr, Breite Straße 35, Konferenz-Zimmer, wichtige Sitzung. Sämtliche Verwaltungsbezirke und Distrikte müssen vertreten sein. Vortrag des Genossen Gallas.

# Hundert Prozent

### Die Geschichte eines Patrioten

**Roman von Upton Sinclair**

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen
Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Halensee 1921

(50. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Sie saß neben ihm, sprach mit ihrer weichen, sanften Stimme. Peter schien es, er habe noch nie so wonnige Gefühle empfunden. Freilich war die alte Frau Jankowitsch ebenso gütig gewesen, auch ihre Augen hatten sich mit Tränen der Teilnahme gefüllt. Doch war Frau Jankowitsch bloß eine alte fette Jüdin, die in einer Mietskaserne lebte, nach Seife und Soda roch. Peter hatte ihrer Güte gegenüber keine Dankbarkeit gefühlt. Aber in himmlischen Regionen zärtlichen Gefühlen zu begegnen, mütterlich behandelt zu werden von dieser wundervollen Frau Gott, die ganz in weißen Chiffon gewandet war — das war etwas ganz anderes.

63.

Peter wollte dieser olympischen Mutter keine Fallen stellen, verlangte keineswegs, ihr Geheimnisse zu entpressen. Auch war dies gar nicht nötig, denn sie erzählte alles von selbst, ohne das geringste Zögern. Sie redete genau, wie die J. W. Ws. im Hauptquartier gesprochen hatten, und als Peter nachher darüber nachdachte, kam er zu dem Schluß, es gebe zwei Arten Menschen, die sich Aufrichtigkeit leisten können: jene, die nichts zu verlieren haben, und jene, die so viel zu verlieren haben, daß sie unmöglich alles verlieren können.

Frau Gott sagte, gestern nacht sei ein Verbrechen begangen worden, es müsse bestraft werden, wie noch kein Verbrechen bestraft worden ist, sie würde gern Detektive anstellen, um Beweise gegen die Schuldigen zu erhalten. Auch erklärte sie, sie sympathisiere mit den Roten, den allerrötesten Roten, gäbe es ein noch röteres Rot, so wäre dies ihre Farbe. Alldies sprach sie mit leiser, sanfter Stimme. Tränen füllten ihre Augen, doch waren es wohlerzogene Tränen, verschwanden von selbst, flossen nicht über die Wangen, verdarben ihr nicht den Teint.

Frau Gott sagte auch, sie begreife nicht, wie es ein Mensch, der die Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung eingesehen habe, zustande bringe, nicht ein Roter zu sein. Vor etlichen Tagen sei sie mit dem Staatsanwalt zusammengewesen und habe versucht, aus ihm einen Roten zu machen. Auch erzählte sie Peter, es sei ein Mann zu ihr gekommen, der viel von Sozialismus geschwätzt habe, doch sei ihr bald klar geworden, daß er davon gar nichts wisse, und sie habe ihm gesagt, er sei ein Regierungsagent. Der Mann habe dies auch schließlich zugegeben, ihr seinen goldenen Stern gezeigt, worauf sie versucht habe, ihn zu bekehren. Sie habe zwei Stunden lang mit ihm geredet, ihn dann aufgefordert, mit ihr in die Oper zu kommen. „Und denken Sie sich", meinte Frau Gott mit beleidigter Stimme, „er weigerte sich. Diese Leute wollen gar nicht bekehrt werden, wollen nicht auf die Vernunft hören. Ich glaube, der Mann fürchtete tatsächlich, ich könnte ihn beeinflussen."

„Das würde mich gar nicht wundern", entgegnete Peter zaghaft. Die gleiche Angst hatte auch ihn ergriffen.

„Ich sprach zu ihm: ich lebe in diesem Palast, und im Industrieviertel der Stadt schuften Tausende von Männern und Frauen den ganzen Tag und seit dem Krieg auch die ganze Nacht für mich. Ich heimse den Profit ihrer Arbeit ein. Was habe ich getan, um ihn zu verdienen? Gar nichts. Ich habe in meinem ganzen Leben keine nützliche Arbeit verrichtet." Er meinte: „Was würden Sie tun, wenn keine Dividenden mehr gezahlt würden?" „Das weiß ich nicht", entgegnete ich. „Natürlich wäre ich verzweifelt, ich hasse die Armut, könnte sie nicht ertragen. Ein schrecklicher Gedanke — kein Behagen, keine Reinlichkeit, keine Sicherheit. Gerade deshalb bin ich ja eine Rote, ich weiß, daß es unrecht ist, warm zu sein, daß es dafür keine Entschuldigung gibt. Darum will ich helfen, das kapitalistische System zu stürzen, sogar wenn ich Wäscherin werden muß, um meinen Lebensunterhalt zu verdienen."

Peter betrachtete sie in ihrer duftigen weißen Frische. Ihre Worte brachten eine häßliche Erinnerung in sein Gehirn. Er sah die Stube in der Mietskaserne, sah die fette dampfende Frau Jankowitsch die Hände im Seifenschaum vergraben. Es lag ihm auf der Zunge, zu sagen: „Wenn Sie einmal einen Tag lang gewaschen hätten, Frau Gott, Sie würden nicht mehr so sprechen."

Doch erinnerte er sich, er müsse das Spiel gut spielen und meinte: „Diese Regierungsagenten sind schreckliche Leute, zwei von ihnen haben mich gestern auf den Kopf geschlagen". Dann schaute er kläglich und halb ohnmächtig drein, und Frau Gott wurde von ihrer Teilnahme zu noch gewagteren Aussprüchen verführt.

„An allem ist dieser gräßliche Krieg schuld", meinte sie. „Wir führen angeblich Krieg, um der Welt die Demokratie zu sichern, und inzwischen vernichten wir daheim die letzte Spur von Demokratie. Sie behaupten, wir müßten Frieden halten, während sie einander ermorden, doch können sie sagen, was sie wollen, mich werden sie nicht zum Schweigen bringen. Ich weiß, daß die Alliierten genau so schuldig sind wie die Deutschen, ich weiß, daß es ein Krieg der Bankiers und Profiteure ist. Sie vermögen meine Söhne zu nehmen und ins Heer zu stecken, aber sie können sich nicht meiner Ueberzeugungen bemächtigen und diese in ihr Heer stecken. Ich bin Pazifist, bin Internationalist, ich will sehen, wie sich das Proletariat erhebt, die kapitalistischen Regierungen fortjagt und dieser scheußlichen Metzelei ein Ende bereitet. Und dies werde ich aussprechen, solange ich lebe." Gelassen saß Frau Gott da, die schönen schlanken Finger wie zum Gebet verschlungen, einen großen Diamantring am vierten Finger, einen ruhigen, kindlich überzeugten Ausdruck im Gesicht, im Geist trotzbietend allen Regierungsagenten, allen Staatsanwälten, allen kapitalistischen Richtern, Staatsmännern, Generälen und Unteroffizieren der zivilisierten Welt.

Sie berichtete noch, daß sie vor zwei Wochen dem Prozeß dreier pazifistischer Geistlichen beigewohnt habe. Wie furchtbar war es doch, daß Christen in einem christlichen Lande ins Gefängnis geworfen wurden, weil sie wagten, die Worte Christi zu wiederholen. „Ich war so empört", sagte Frau Gott, „daß ich an den Richter schrieb. Mein Mann sagte, ich würde wegen Mißachtung des Gerichtes verurteilt werden, wenn ich während der Verhandlung dem Richter einen Brief schicke, ich aber meinte, meine Mißachtung des Gerichtes sei so groß, daß sie unmöglich schriftlich ausgedrückt werden könne. Warten Sie einen Augenblick . . ."

Frau Gott erhob sich, entnahm einem Pult eine Kopie des Briefes. „Ich werde ihn Ihnen vorlesen." Peter lauschte gespannt einem Manifest olympischen Bolschewismus:

„Herr Richter.

Da ich das Heiligtum des Gesetzes betrat, blickte ich zu der gemalten Glaskuppel auf, von der vier Worte leuchteten: Friede . . . Gerechtigkeit . . . Wahrheit . . . Gesetz . . . und mein Herz füllte sich mit Hoffnung. Vor mir standen Männer, die kein konstitutionelles Gesetz übertreten, die keinerlei Anlage zum Verbrecherium hatten, die gegen jede Gewalt waren.

Die Verhandlung nahm ihren Fortgang. Ich betrachtete die schöne Glaskuppel, wiederholte flüsternd bei mir die majestätischen Worte: „Friede . . . Gerechtigkeit . . . Wahrheit . . . Gesetz . . ." Ich lauschte dem Staatsanwalt. In seiner Hand war das Gesetz eine scharfe, harte, grausame Waffe, die unerbittlich, unentwegt bei den Opfern eine verwundbare Stelle suchte. Ich lauschte seiner Wahrheit — sie war Lüge. Sein Friede war grausamer blutiger Krieg, seine Gerechtigkeit ein Netz, in dem die Opfer um jeden Preis gefangen werden sollten. Um jeden Preis, um die Würde des Staatsanwaltes zu verklären.

Mir wurde weh ums Herz. Ich vermag mir bloß immer wieder die alte Frage zu stellen: was können wir tun, um der Welt Friede, Gerechtigkeit, Wahrheit und Gesetz zu bringen? Müssen wir die Diener der Allgemeinheit auf den Knieen anflehen, sie mögen darauf achten, daß den Hilflosen Recht werde und nicht ewig die heiligsten Seelen der Welt verfolgen? Sie werden diese Männer schuldig sprechen, sie hinter das eiserne Gitter verbannen — das es für Menschen, was auch immer sie begangen haben mögen, nicht geben dürfte, denn es macht sie zu wilden Tieren. Ist dies Ihr Ziel, Herr Richter? Es deucht mich so. Deshalb sage ich, wir müssen ein System stürzen, das die Menschheit verroht, anstatt ihr zu helfen, sie zu erheben.

Für Friede, Gerechtigkeit, Wahrheit und Gesetz!

Mary Angelika Gott."

(Fortsetzung folgt.)

(**) **Die Ausdehnung des Vorortverkehrs.** Wie bereits gemeldet, werden im Bezirk der Eisenbahndirektion Berlin einige Eisenbahnstrecken, die bisher zum Fernverkehr gerechnet wurden, in den Vorortverkehr einbezogen. Es sind dies die beiden Strecken Spandau—Wustermark und die Strecke Wannsee—Beelitz-Heilstätten. Während auf der Strecke nach Wustermark bereits ein regelrechter Vorortverkehr, d. h. Züge mit Wagen des Vorortverkehrs, im Gange war, wird ein solcher auf der Strecke nach Beelitz erst eingerichtet. Der endgültige Entwurf des Sommerfahrplans der Eisenbahndirektion Berlin enthält schon den Fahrplan für die Vorortzüge auf dieser Strecke, die zunächst, wegen der Ueberlastung der Stadtbahn, nicht vom Schlesischen Bahnhof, sondern vom Bahnhof Charlottenburg abfahren. Er enthält in jeder Richtung fünf Züge, die von Charlottenburg um 5.10 morgens, 6.30, 12.30 mittags, 5.31 nachm. und 7.40 abends nach Beelitz gefahren werden, wo sie nach einer Fahrt von 1 Stunde und 4 Minuten eintreffen. In der Gegenrichtung fahren die Züge von Beelitz um 6.56, 7.48 vorm., 2.30 nachm., 7.56 und 9.00 abends ab und treffen in Charlottenburg um 8.04, 8.56 vorm., 3.38 nachm., 9.09 und 10.08 abends ein. Dieser Fahrplan tritt mit dem Sommerfahrplan auf allen Eisenbahnstrecken, also am 1. Juni, in Kraft. Die neuen Fahrpreise werden gleichzeitig mit den erhöhten Fahrpreisen im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr eingeführt werden. Solange sollen noch die unerhöhten Fahrpreise des Fernverkehrs in Kraft bleiben.

(**) **Neue Paßvorschriften.** Die Paßvorschriften haben mehrfache Aenderungen von allgemeinem Interesse erfahren. Um den Reisenden nach dem Auslande dort Unannehmlichkeiten zu ersparen, sind die Paß- und Sichtvermerksbehörden angewiesen worden, ihnen stets anheimzugeben, sich über die Bestimmungen über die Einreise bei den zuständigen ausländischen Vertretungen zu unterrichten. Die Gebühr für einen Sichtvermerk nach den Vereinigten Staaten beträgt 10 Dollar Gold. Mittellosen deutschen Auswandererfamilien wird der Vermerk jetzt auf einem gemeinsamen Paß für die Familie gegen die einmalige Gebühr erteilt. Auf dem deutschen Paß brauchen nur noch die Namen von Mutter und Kindern angegeben zu werden. Mädchen über 21 Jahre und Knaben über 16 Jahre bedürfen aber besonderer Pässe. Das Lichtbild des Paßinhabers wird jetzt nicht mehr auf der vierten Seite des Passes angebracht, weil es dort leicht ausgewechselt werden kann. Es kommt auf Seite 15, die ein Ganzes mit dem ersten Blatt bildet. Pässe und Sichtvermerke stellen jetzt sämtliche diplomatischen Vertretungen des Reiches aus.

** **Ausbildung stellenloser Lehrer als Turnlehrer.** Zu den akademischen Lehrgängen zur Ausbildung von Turnlehrern werden jetzt auch stellenlose Lehrer zugelassen. Der Volksbildungsminister will damit Schulamtsbewerbern Gelegenheit geben, die Zeit nach dem Bestehen der Lehramtsprüfung in dieser Weise nützlich zu verwenden. Bei der heutigen Ueberfüllung im Lehrerberuf haben sie keine Aussicht, bald im Schuldienst beschäftigt zu werden. Zugelassen werden geeignete Schulamtsbewerber des Universitätsortes oder seiner unmittelbaren Umgebung, die wegen Ueberfüllung des Lehrerberufs einstweilen keine Anstellung finden. Zugelassen werden aber im ganzen höchstens 30 Teilnehmer.

**Der Vorsitzende der Stadtrechnungskammer** ist auch in der gestrigen Magistratssitzung noch nicht gewählt worden. Es ist anzunehmen, daß der Magistrat mit dem Eingang weiterer Bewerbungen rechnet und auf den bereits erfolgten Ablauf der seinerzeit festgesetzten Ausschreibungsfrist keinen Wert legt.

**Milchlieferung.** Die Belieferung der D-Karten für Donnerstag, den 12. und Freitag, den 13. d. M., wird geändert, und zwar erhalten die D1- und D2-Kinderkarten an den genannten Tagen je ¼ Liter Frischmilch, die D3-Karten werden nicht beliefert. Die ½-Liter-Kranken- und Alterskarten werden mit Frischmilch beliefert. Am Sonnabend, den 14., Sonntag, den 15., Montag, den 16. und Dienstag, den 17. d. M. erhalten die D1- und D2-Kinderkarten je ¼ Liter Frischmilch, die D3-Karten werden nicht beliefert. Die ½-Liter-Kranken- und Alterskarten werden an den genannten Tagen mit Frischmilch beliefert. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 neu zu Berlin hinzugekommenen Gemeinden, soweit sie nicht dem Milchamt Berlin angeschlossen sind.

**Die Berliner Sparkassen sind am Tage vor Pfingsten** (Sonnabend, den 14. Mai) nur in der Zeit von 9—12 Uhr für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet.

**Die 189. Brotkommission,** Reinickendorfer Str. 66, wird am 13. Mai d. J. nach Christianiastr. 36 verlegt und dortselbst mit der 190. Brotkommission vereinigt. Die vergrößerte 190. Brotkommission wird von Rentier Ganzow geführt.

**Quäkerspeisung in Neukölln.** Vom 1. Oktober 1920 ab sind in Neukölln 7500 Schulkinder und 500 werdende und stillende Mütter gespeist worden. Am 15. November erhöhte sich die Portionszahl um 1500, so daß eine Gesamtzahl von 9500 Portionen zu verzeichnen war. Sie verteilten sich wie folgt: auf 8650 Schulkinder, 300 Kleinkinder (2—6 Jahre) und 550 werdende und stillende Mütter. Die neue Speisungsperiode begann am 5. Januar 1921. Es wurden gespeist 9360 Schulkinder, 550 werdende und stillende Mütter, 550 Kleinkinder (2—6 Jahre) und 140 Jugendliche (14—18 Jahre). Infolge der gesteigerten Verwaltungsunkosten ist laut Beschluß des Berliner Magistrats der Elternbeitrag von 25 Pf. auf 40 Pf. pro Portion erhöht worden.

**Verwaltungsbezirk Spandau.** Die Fachberatungsstelle für Kleingärtner ist nur am Mittwoch jeder Woche von 5—7 Uhr geöffnet (Zimmer 316 des Polizeigebäudes).

**Neue Preise für die Brennstellen in Spandau.** In einer Besprechung der Vorsitzenden des hiesigen Miet-Einigungsamts mit den Beisitzern und den Vertretern des Grundbesitzervereins und des Mieterverbandes ist die Brennstellenfrage nunmehr endgültig geregelt worden. Bei Brennstellenanlagen, die in den Jahren 1914 bis 1915 einschl. angelegt worden sind, soll künftig ein Betrag von monatlich 25 Pf., bei solchen aus den Jahren 1917 und 1918 50 Pf., bei solchen aus dem Jahre 1919 75 Pf. und bei solchen aus dem Jahre 1920 90 Pf. für jede Brennstelle entrichtet werden. Die einzelnen Beträge sind der Höchstmiete (Friedensmiete und Zuschlag von 20 bzw. 30 Proz.) hinzuzurechnen und zwar mit Wirkung vom 1. Mai 1920 ab. Uebersteigt das von dem Mieter für die Brennstellen bisher gezahlte Entgelt die obigen Sätze, so ist der Vermieter zu entsprechender Rückzahlung verpflichtet. Ist das Entgelt geringer gewesen, so hat der Mieter entsprechende Nachzahlung zu leisten. Läßt sich im Einzelfalle aus besonderen Gründen eine Einigung zwischen Vermieter und Mieter nicht erzielen, so ist das Miet-Einigungsamt zur Entscheidung anzurufen.

**Verwaltungsbezirk 11, Schöneberg-Friedenau.** In der am Montag, den 9. d. M., abgehaltenen Sitzung der Bezirksversammlung wurde unsere Genossin Kozowrek für den ausgeschiedenen Bezirksverordneten Grosche (Komm.) eingeführt. Dann glaubte die Versammlung sich für ihre aufopfernde Tätigkeit schon jetzt ihre Erholungsferien festlegen zu müssen, trotzdem das Bezirksamt noch nicht einmal arbeitsfähig ist. Die „Neue Fraktion" scheint sich über die Beute bei den Bürgerdeputierten nicht einig zu werden, und darum sabotieren sie die Wahl. In der Sitzung am 25. April machten sie das Haus beschlußunfähig und am Montag brachten sie einen Antrag zur Annahme, wonach die Wahl nochmals an den Wahlausschuß überwiesen wird. Unser Genosse Peterson brandmarkte mit treffenden Worten das Verhalten der Rechten und holte sich hierfür einen Ordnungsruf. Zu einer äußerst erregten Debatte kam es bei dem Antrag, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, welcher die Zustände in den Notwohnungen im Maison de Santé zu prüfen hat. In diesem Haus herrschen, nach den Ausführungen des Bezirksverordneten Rathmann (Soz.), ganz unglaubliche Zustände. Dem Bezirksverordn. Jatzow (Neue Fraktion), als Haberland-Architekt und Hauseigentümer im Bayrischen Viertel, erschienen diese Zustände als geradezu idyllisch. Unsere Gen. Peterson und Wendt wandten sich in scharfen Worten gegen die brüskierenden Ausführungen des Herrn Jatzow. Damit war wieder einmal die Wohnungsmisere in den Notwohnungen im Maison de Santé gerettet. Die übrigen Punkte wurden wegen Uebermüdung der Bürgerlichen vertagt.

**Pressekommission.** Entgegen der gestrigen Ankündigung fällt die Sitzung wegen der Funktionärkonferenz heute aus.

**Zeugen gesucht.** Personen, welche am 28. April 1920 in Wilmersdorf (Wilhelmsaue) gelegentlich eines Vorfalles beobachtet haben, daß ein gewisser Kornfeld erstochen wurde, werden gebeten, sich nachmittags zwischen 4—6 Uhr bei dem Rechtsanwalt, Dr. Herzfeld, Gitschiner Str. 110, zu melden.

**Raubüberfall im Walde.** Gestern vormittag gegen 9 Uhr befand sich die Frau Auguste Scheil aus Schönlinde auf dem Wege von dort nach Buch. Im Walde fiel plötzlich ein unbekannter Mann über sie her und beraubte sie ihrer Barschaft in Höhe von 110 M. Die Ueberfallene machte Anzeige bei der Kriminalstation in Buch und der Kriminalwachtmeister Girzemann, der damit rechnete, daß der Räuber von der nächsten Bahnstation wegfahren würde, begab sich sofort nach dem Bahnhof Röntgenthal, wo er den Räuber der Beschreibung nach wiedererkannte und festnahm. Er wurde entlarvt als ein 21 Jahre alter wohnungsloser Bureauhilfsarbeiter Erich Lamprecht, 90 M. von dem geraubten Gelde besaß er noch.

**Raubüberfall im Geschäftslokal.** Am Prager Platz Nr. 3 befindet sich das Lombardhaus von Rohde. Als dort gestern vormittag der Volontär Sendhausen allein im Ladenraum war, erschienen zwei Männer, die Gummireifen verlangten. Sie suchten eine Zeitlang, als ob sie nichts Passendes finden würden und wurden dann von dem jungen Mann nach dem Keller geführt, wo weitere Reifen aufbewahrt werden. Dort fielen die vermeintlichen Kunden plötzlich über den Volontär her, fesselten ihn und raubten dann 30 Gummireifen usw. im Gesamtwerte von 30 000 M. Mit der Beute entkamen sie unangefochten. Bisher ist es noch nicht gelungen, der Täter habhaft zu werden.

**Der Mord bei Strausberg.** Der Arbeiter Max Rohde, der nach längerem hartnäckigem Leugnen zunächst gestand, seinen Vetter, den Zimmerpolier Werner, im Walde bei Wesendahl in der Notwehr erschossen zu haben, hat jetzt sein Geständnis erweitert und einen mit Vorbedacht und Ueberlegung ausgeführten Mord eingeräumt. Er bleibt dabei, daß er gegen Werner einen tiefen Widerwillen empfunden habe, weil er nicht mehr gesonnen gewesen sei, an dessen Drahtdiebstählen teilzunehmen. Das allein hätte ihn jedoch nicht bewegen können, ihn umzubringen. Hinzugekommen sei vielmehr noch ein Erpresserbrief, den er vor einiger Zeit von seinem Vetter erhalten habe. Jetzt habe er sich entschlossen, ihn beiseite zu bringen und dazu eine Diebesfahrt zu benutzen, die er gezwungen wieder habe mitmachen müssen. Um alle Angaben des Verhafteten an Ort und Stelle nachprüfen zu können, wurde ein Lokaltermin anberaumt, zu dem Kriminalkommissar Trettin, ebenso wie zu der Obduktion der Leiche in Strausberg, den Mörder mit mehreren seiner Beamten vorführte. Im Laufe des gestrigen nachmittags wurde auch der Bruder des Mörders nochmals eingehend vernommen. Seine Aussagen lassen erkennen, daß auch das neue Geständnis des Max Rohde nicht auf Wahrheit beruht. Aus den Bekundungen des Bruders geht hervor, daß auch dieser vorher um die Tat gewußt und Max Rohde den Werner nur umgebracht hat, um sich in den Besitz seines Geldes und später auch seiner Hinterlassenschaft an Möbeln und Kleidungsstücken zu setzen. Danach liegt also ein glatter Raubmord vor.

**Religiöser Wahnsinn.** In Knechtenhof, Gemeinde Thalkirchenhof bei Immenstadt, ist der Maurermeister Blenk mit seiner Frau und seinen erwachsenen Söhnen und Töchtern durch den von der Familie betriebenen Spiritismus wahnsinnig geworden. Um dem „reinen Lichte" Zutritt zu verschaffen, hat er die elektrische Einrichtung zerstört, und auch sonst die Vernichtung alles Materiellen bis zum Küchengeschirr herunter, durchgeführt. Polstermöbel wurden als an gestürzte Königsthrone erinnernd verbrannt, so sogar Bettwäsche und alte Leinewand. Der Familienvater war im Begriff, das drei Monate alte uneheliche Kind seiner Tochter dem reinen Licht als Verbrennungsopfer darzubringen. Die ganze elfköpfige Familie hatte sich den Namen von Aposteln und Heiligen zugelegt! Sie ist unter Aufgebot der Feuerwehr in das Irrenhaus nach Kaufbeuren gebracht worden.

**Das Märkische Museum** ist am ersten Pfingstfeiertag geschlossen, am zweiten von 10—3 Uhr, am dritten von 10—1 Uhr für die Besichtigung geöffnet.

**Filmschau. „Die arme Margret".** Viele Akte, auch sieben Akte bei einem Filme, machen diesen nicht, wenn nicht mehr hineingelegt wird, als in den verfilmten Roman „Die arme Margret" von Hebel-Mazetti. Der Film wurde in der Presse in der „Schauburg", Königgrätzer Straße, vorgeführt. Gut wäre es, wenn es bei dieser einzigen Vorführung bliebe, denn dieser Film ist in Aufmachung, Ausstattung und im Inhalt eine — Niete.

# Gewerkschaftliches

## Von der Arbeiterakademie

In der letzten Nummer der „Betriebsrätezeitschrift" des Metallarbeiter-Verbandes, bespricht Gen. Rob. Dißmann die am 2. Mai stattgefundene Eröffnung der Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. In verschiedenen Verhandlungen mit den Vertretern des preußischen Ministeriums, des Magistrats und der Frankfurter Universität wurden unsere Ansichten und Wünsche besprochen, die in einem Vertrag niedergelegt wurden, für den die Arbeiter der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die „Afa" einerseits, und das Kultusministerium andererseits, unterzeichneten.

Aus materiellen Gründen der Gewerkschaften konnten nur zwei Semester mit je vier Monaten festgelegt werden. Die Hörer sollen hauptsächlich Wirtschafts- und Gesellschaftslehre studieren, daneben sollen aber auch rechts-, staats- und naturwissenschaftliche Fächer gelehrt werden. Dißmann erklärt, man solle nicht „Wunderdinge" von der Arbeiterakademie erwarten. Die Hörer müßten durch Selbststudium **„stetig hinzulernen"**.

Als Anfang sind rund 100 Hörer von den Gewerkschaften nach Frankfurt geschickt worden, davon entfallen auf den Metallarbeiter-Verband allein 16. Viele in Aussicht genommenen Hörer mußten auf ein Jahr zurückgestellt werden.

Die allgemeinen Zulassungsbestimmungen lauten: „Zugelassen werden Hörer beiderlei Geschlechts. Vorausgesetzt wird, daß die Teilnehmer das zum erfolgreichen Besuch der Veranstaltung ausreichende Alter und die notwendige Reife des Geistes und Charakters besitzen und eine bestimmte Berufsbildung und längere Berufstätigkeit nachweisen. Die vertragschließenden Verbände werden die von ihnen entsandten Hörer nach eigenem Ermessen auswählen."

In dem Vertrag ist **die Mitbestimmung der vertragschließenden Organisationen bei der Auswahl der Lehrer** und die Mitberatung der Hörer vorgesehen. Die Unterrichtsverwaltung ist gehalten **„nicht gegen den ausgesprochenen Willen der Vertragschließenden zu verfahren"**, des weiteren sollen **„bei der Behandlung grundsätzlich wichtiger wirtschaftlicher Fragen den Weltanschauungen der Hörer nahestehende Dozenten beteiligt werden"**.

Auch wir hoffen mit Dißmann, daß die Arbeiterakademie die an sie geknüpften Hoffnungen erfüllen wird. Die in dem Vertrag niedergelegten Bestimmungen geben auch eine Handhabe, uns gegen eine besondere Beeinflussung zu wenden und darauf zu bestehen, daß der Lehrbetrieb ganz im Sinne der fixierten Abmachungen ausgeübt und kein irgendwelcher Mißbrauch getrieben wird.

## Konflikt im Berliner Kaffeehausgewerbe?

Die Arbeitnehmer in den Berliner Hotels, Weinbetrieben und Biergeschäften erhielten auf Veranlassung ihrer Interessenvertretung, des freigewerkschaftlichen „Kartells der im Gastwirtsgewerbe vertretenen Arbeitnehmer-Organisationen" von den Arbeitgeber-Verbänden Lohnzulagen, die einigermaßen den Bedürfnissen der Arbeitnehmer entgegenkamen. Die Cafetiers, die mit den anderen Arbeitgebern des Hotel- und Gastwirtsgewerbes eine Vernunftehe eingegangen waren, beteiligten sich ebenfalls an den Lohnverhandlungen und gaben sogar durch ihren Offiziosus bekannt, daß auch für die Kaffeehausbetriebe auf der Basis der von den anderen Arbeitgebern bewilligten Lohnzulagen eine Verständigung möglich sein wird. Kurz darauf konnten die Herren jedoch anders. Ihre Behauptung, überhaupt keine Zulagen gewähren zu können, nahmen sie anscheinend selbst nicht ernst, denn bei der Verhandlung vor dem Demobilmachungskommissar revidierten sie sich wesentlich und stellten Zulagen in Aussicht, über die sich in einigen Punkten reden ließ. Bei einigen anderen Arbeitnehmergruppen wollten die Unternehmer sich jedoch nur zu Zugeständnissen bequemen, die die Kartellvertreter ihren Auftraggebern zur Annahme beim besten Willen nicht empfehlen konnten. Es scheint ein System darin zu liegen, die berechtigte Forderung der Arbeitnehmerschaft achtlos beiseite zu schieben und obendrein auch noch die Verhandlungen zu verschleppen. Das dürfen sich die Betriebsbelegschaften nicht gefallen lassen. Das Kartell der im Gastwirtsgewerbe vertretenen Arbeitnehmer-Organisationen veranstaltet deshalb am Donnerstag, den 12. Mai 1921, nachts 11½ Uhr, im Café Stern am Oranienburger Tor eine Versammlung für alle in den Cafés und den diesen Betrieben angeschlossenen Bars, Dielen, Kabaretts usw. beschäftigten Kellner, männliche und weibliche Hilfsangestellte, Geschäftsführer, kaufmännische Angestellte, Handwerker, Musiker und Arbeiter, in der über unsere aus der Not der Zeit geborenen Forderungen und über das Verhalten der Cafetiers referiert werden soll. Das Erscheinen aller Kaffeehausarbeitnehmer ist Pflicht. Es wird erwartet, daß die Kollegenschaft dem Ruf ihrer Verbände folgt, um dem Unternehmertum die gebührende Antwort zu geben.

---

**Wahlerfolg bei den Sattlern und Tapezierern.** Am Dienstag beschäftigte sich die außerordentliche Generalversammlung wiederum mit der Wahl des 2. besoldeten Vorsitzenden. Die Generalversammlung vom 26. April hatte den 2. Vorsitzenden Kollegen Gerhardt ohne Widerspruch zum 1. Vorsitzenden gewählt. In derselben Versammlung wurde die Wahl des 2. Vorsitzenden vorgenommen und stellten alle drei Parteirichtungen Kandidaten auf. Es wurden 974 Stimmzettel abgegeben und erhielten Lillig (S.P.D.) 242, Leuschner (V.K.P.D.) 310, Blume (U.S.P.D.) 351 Stimmen. Die Ortsverwaltung hat diese Wahl für ungültig erklärt, da gemeldet worden ist, daß kleine Unregelmäßigkeiten bei dieser Wahl vorgekommen sein sollten. In der heutigen Versammlung wurden dieselben Kandidaten aufgestellt und beschlossen, daß dieselben einen Bericht über ihre Tätigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiete abzugeben haben. Dieser Aufforderung kamen die Kandidaten nach. Es wurden abgegeben 671 Stimmzettel und erhielten Blume (U.S.P.D.) 273, Leuschner (V.K.P.D) 260, Lillig (S.P.D.) 142. In der Stichwahl zwischen Blume und Leuschner wurden für ersteren 346, für letzteren 260 Stimmen abgegeben, 40 unbeschriebene Stimmzettel, ungültig 5 Zettel. Blume ist somit gewählt. Dann referierte Kollege Osten über den Aufbau der Erwerbslosenfürsorge im technischen Sinne und schildert in längeren Ausführungen alle Bestimmungen, an Hand von Beispielen, die zu beachten sind, um in Genuß der Unterstützungen zu gelangen. In der Diskussion wurde wenig auf das Thema eingegangen und kam der Kollege Rathe auf Mängel bei der Arbeitsvermittlung zu sprechen und müsse die Aenderung des Regelments versucht werden. Kollege Schröder behandelte die Erwerbslosenfürsorge von politischen Gesichtspunkten und rügt das Verhalten einiger Prüfer und Beamten der Erwerbslosenfürsorge.

**Drohender Streik im Berliner Bahnhofsbuchhandel.** Die Verkäufer der Firmen Georg Stilke und Vereinigte Deutsche Kiosk- und Berliner Trinkhallen G. m. b. H. hatten im Anschluß an den Nachtrag des Berliner Buchhandels-Tarifvertrages vom 7. April d. J. Verhandlungen in die Wege geleitet, die leider zu keinem annehmbaren Ergebnis geführt haben. Eine Mitgliederversammlung des Verkäuferpersonals, die am 10. d. M. tagte, reichte der Firma die Forderung ein, zu den jetzt geltenden Gehaltssätzen, die sich im Rahmen des Berliner Buchhandelstarifes halten, die Wirtschaftsbeihilfe auszuzahlen, die dem Bureaupersonal und dem gewerblichen Personal der Firma gezahlt worden ist. Die Firmen werden sich bis zum Donnerstag mittag zu entscheiden haben, ob sie die berechtigten Forderungen ihrer Verkäufer annehmen.

---

## Gewerkschaftsversammlungen

**Angestellte des Groß-Berliner Zeitungsgewerbes.** Freitag, den 13. Mai 1921, abends 6 Uhr, findet im großen Saal des Hotels „Deutscher Hof", Luckauer Straße 15, eine Afa-Versammlung sämtlicher Angestellten des obigen Gewerbes statt. Mitgliedsbuch legitimiert. Afa-Bund.

**Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter.** Am Freitag, den 13. Mai, nachm. 5 Uhr, findet in den Berliner Vereins- und Konzertsälen, Kommandantenstraße 58, eine große Mitgliederversammlung statt. In derselben soll Stellung genommen werden zu der am 21. Mai von 12—6 Uhr nachmittags stattfindenden Urabstimmung über die Moskauer Delegation. Alle Kolleginnen und Kollegen werden ersucht, in Anbetracht der Wichtigkeit dieses Tagesordnungspunktes vollzählig zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

**Metallarbeiter.** Am Freitag, den 13. d. M., nachmittags 5 Uhr, Versammlung der Obleute der Betriebsräte in der Schulaula Koppenplatz. Tagesordnung: Was geht in der Metallindustrie vor? Die Ortsverwaltung.

---

## Aus den Organisationen

### Freitag, 13. Mai

1. **Distrikt.** Abends 7 Uhr Zusammenkunft aller Funktionäre des 1. und 5. Distrikts bei Schmeidardt.

5. **Distrikt.** Abends 7 Uhr gemeinschaftliche Sitzung der Funktionäre des 5. und 1. Distrikts bei Schmeidardt.

13. **Distrikt.** Abends 7 Uhr Generalversammlung in der Schulaula Sonnenburger Str. 20. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes; 2. Neuwahl des Vorstandes; 3. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.

**Verwaltungsbezirk Friedrichshain. Kommunale Kommission.** Abends 7 Uhr Sitzung der Abteilungsobleute bei Rosin, Gubener Str. 13.

**3. Verwaltungsbezirk (Wedding).** 11. Distrikt, 1. bis 3. Abteilung, 13. Distrikt, 3. Abteilung. Die Generalversammlung des neuzubildenden Distrikts findet abends 7½ Uhr in der Schulaula Weddingstraße statt. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes; 2. Die Aufgaben des neuen Bezirksamtes (Ref. Gen. Leid); 3. Verschiedenes.

15. **Verwaltungsbezirk** (Treptow, Ober- und Niederschöneweide, Johannisthal, Adlershof und Alt-Glienicke). Abends 7 Uhr Vollversammlung der kommunalen Kommission bei Gerhardt, Baumschulenstr. 6. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung darf keiner fehlen.

17. **Verwaltungsbezirk.** Die für heute abend angesetzte Fraktionssitzung fällt aus. Wann die nächste Sitzung stattfindet, wird noch bekanntgegeben. „Freiheit" beachten!

**Berlin Mitte 1. 2. Abteilung** (Stadtbezirk 255—258 und 267—269). Abends 7 Uhr Funktionärsitzung bei Pachalke, Anklamer Str. 50.

**Kaulsdorf, Mahlsdorf, Wilhelmshagen, Hessenwinkel.** Abends 1/28 Uhr Mitgliederversammlung im Waldschlößchen bei Gohl, Kaulsdorfer Mühle.

---

## Vereinskalender

### Donnerstag, 12. Mai

**Verband Volksgesundheit.** Abends 7½ Uhr, Oberrealschule Niederwallstraße 12. Vortrag des Herrn Prof. Dr. H. Poleneck: Volksgesundung — Kapitalismus — natürliche Wirtschaftsordnung.

### Freitag, 13. Mai

**Sektion Post und Telegraphie.** Abends 8 Uhr wichtige Funktionärversammlung in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.** Handelshilfsarbeiter, Arbeiterinnen aus allen Betrieben der Engroskonfektion und Bekleidungsindustrie. Abends 8 Uhr Branchenversammlung im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96. — **Branche der Bretterträger, Holzplatzarbeiter.** Abends 7 Uhr Sitzung der Betriebsräte, Arbeiterräte und Betriebsobleute bei Feberhardt, Boppstr. 4.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche der Bretterträger, Holzplatzarbeiter.** Betriebsräte, Arbeiterräte, Betriebsobleute. Abends 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelufer 14-15, 2, Zimmer 36, Versammlung.

**Bund der technischen Angestellten und Beamten.** Mitgliederversammlung: Norden 3, Rest. Hagenbeck, Müller-, Ecke Seestraße, abends 7½ Uhr. — Reinickendorf, Rest. Schulz, Wittenau, Am Bahnhof, abends 7½ Uhr. — Siemensstadt, Rest. Schloßklause, Nonnendamm-Allee, abends 7½ Uhr. — Tegel, Cafe Hohenzollern, Straßenbahn-Endhaltestelle, abends 7½ Uhr. — Schöneberg, Schloßbrauerei Schöneberg, Hauptstraße, abends 7½ Uhr. — Gemeinsame Versammlung Lichtenberg und Osten 3 im Logen-Kasino, Knorrpromenade 2, abends 7½ Uhr. — Sitzung des örtlichen Fachgruppenausschusses Metallindustrie im Empfangsraum der Geschäftsstelle, Werftstraße 1, abends 7 Uhr.

# Deutscher Reichstag

Sitzung vom 11. Mai 1921.

## Wahl eines vierten Vizepräsidenten

Der Reichstag erledigte heute eine überaus reichhaltige Tagesordnung, zunächst einen Antrag unserer Fraktion, der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Volkspartei und der Demokraten **auf Schaffung eines vierten Vizepräsidenten.** Die Deutschnationalen erhoben durch den Abg. **Schultz-Bromberg** Widerspruch gegen den Antrag. Wenn die Volkspartei, der ein Anspruch auf einen Vizepräsidenten zustehe, diesen stellen wolle, müsse der Genosse Dittmann zurücktreten. — Genosse **Dittmann** belehrte ihn darüber, daß er das Amt des Vizepräsidenten nicht als Person, sondern als Beauftragter der Fraktion ausübe. — Der Genosse **Ledebour** erkannte den Anspruch der Volkspartei als berechtigt an und empfahl den eingangs erwähnten Antrag.

Sodann wird über den

**Nachtragsetat zum Reichshaushalt für 1920,**

in Verbindung mit einem Antrag **Schiffer,** Sekretären (früheren Assistenten) bei Aufrücken in die Gehaltsgruppe 7 die Ergänzungsprüfung zu erlassen, beraten. Zugleich wird auch ein Antrag **Bruhn** zur Debatte gestellt, der die Ergänzungsprüfung auch für alle folgenden Gruppen abschaffen will; außerdem ein Antrag **Morath,** der die Erlassung der Prüfung fordert für nach Gruppe 7 aufrückende Beamte. Bei Beratung dieser Anträge beginnt ein wahrer Wettlauf der bürgerlichen Parteien. Genosse **Breunig** nahm Gelegenheit, dies im Plenum besonders zu betonen. Die bürgerlichen Parteien versichern die Beamten stets ihrer wärmsten Sympathie, sind aber im entscheidenden Moment in den meisten Fällen umgefallen.

Nach etwa fünfviertelstündiger Debatte wird der Antrag Schiffer und Bruhn **einstimmig angenommen.** Ein Antrag unserer Genossen, allen Beamten ohne jede Prüfung vom 1. April 1920 den Aufstieg in die Gruppe 7 zu ermöglichen, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt, ebenso ein Antrag der Rechtssozialisten gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien. Die Abstimmung über den Nachtragsetat ergibt in zweiter und dritter Lesung einstimmige Annahme. Die Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz werden dem Beamtenausschuß überwiesen.

## Der Wucher der Papierindustriellen

Ein Antrag der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten, betr. **die Preissenkung für Druckpapier** ersucht die Reichsregierung um umgehende Nachprüfung der Gestehungskosten für Zellstoff, Holzstoff und Zeitungs-Druckpapier und um Einsetzung eines Ausschusses, der paritätisch aus Mitgliedern des Reichstages, des Reichsrates, des Reichswirtschaftsrates, Vertretern der Verleger und der beteiligten Industrien zusammengesetzt ist, um festzustellen, **inwieweit eine Preissenkung etwa durch Kartellmaßnahmen behindert wird.** Außerdem soll die Regierung für die drei Monate April bis Juni 1921 je 6 Millionen Mark zur Verfügung stellen, um der deutschen Presse den Uebergang von der gebundenen, zur freien Wirtschaft, zu erleichtern.

Ein Antrag der Unabhängigen **fordert** außerdem die schleunige Sozialisierung der Druckpapierindustrie und der notwendigen Rohstoffe.

Abg. **Bruhn** (Dnat., Berichterstatter des für diese Frage eingesetzten Ausschusses): Der Ausschuß hat sich von der Notwendigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen überzeugt. Das enorme Anschwellen der Papierpreise **von 20 Pf.** im Frieden auf 3,60 M. hat die Verleger in eine schwierige Lage gebracht. **Während die Papierfabriken während des Krieges große Gewinne machten, wollen sie vom jetzigen Preis nichts ablassen.** Der Ausschuß ist der Ansicht, daß der Reichstag sich mit dieser Frage befassen muß. Die Verleger behaupten, daß sie das Papier billiger kaufen könnten, wenn die betreffenden Fabriken nicht durch Kartellbestimmungen an dem billigeren Verkauf verhindert würden. Der Ausschuß befürwortet die **Gewährung eines Reichszuschusses zur Papierbeschaffung** im Interesse des ganzen Gewerbes.

### Abg. Brandes (U. S. P. D.):

Die Papierindustriellen, die vor dem Kriege zum Teil überhaupt nicht in der Lage waren, Dividenden zu bezahlen oder sich wenigstens mit einer mäßigen Verzinsung begnügen wußten, haben sich während und nach dem Kriege alle gesund gemacht. Trotz ungeheuerlicher Kapitalverschleierungen, Bilanzschiebungen usw. werden bis zu 60 Prozent Dividende gezahlt. (Hört, hört!) Während das Papierholz seit 1914 um 750 Prozent im Preise gestiegen ist, beträgt die Steigerung für den Ballen Druckpapier 1700 Prozent. (Hört, hört!) Die Presse steht dieser Entwicklung wehrlos gegenüber. Geradezu gefährdet ist die kleine und mittlere Presse, denn sie kann am wenigsten an eine Erhöhung der Inseraten- und Abonnementspreise denken. Die unabhängige und ernste politische Presse wird auf diese Weise mehr und mehr zu einem Nebenbetrieb irgendwelcher anderen Großunternehmungen und verliert ihre Selbständigkeit. (Sehr richtig!) **Seit dem 1. April sind die Preise erhöht worden, der Holzpreis ist aber gefallen.** Mit Hilfe eines strafforganisierten Syndikats versuchen die Papierindustriellen die Taschen des Volkes zu leeren. Eine **verhältnismäßig kleine Zahl von Fabrikanten übt diesen Druck aus, der**

**den Zusammenbruch tausender Zeitungsunternehmen**

zur Folge haben muß. Sinnesblätter, z. B. die „Deutsche Allgemeine Zeitung", haben sich für die Erhöhung der Papierpreise ausgesprochen, trotzdem gerade dieses Zeitungsunternehmen mit Verlust arbeitet. Das ist nur möglich, weil die hinter solchen Blättern stehende Industrie die Verluste deckt. Die ganze Selbstkostenberechnung, wie sie dem Reichswirtschaftsministerium von den Interessentengruppen übermittelt wird, ist falsch. Das Reichswirtschaftsministerium stützt aber die Auffassungen der Unternehmer. So kommt es, daß einzelne Unternehmer erklären, sie können billiger liefern, aber das Syndikat erlaubt es ihnen nicht. Das Reichswirtschaftsministerium verdient in vieler Hinsicht unser Mißtrauen. Es muß ein anderer Weg gefunden werden als die staatliche Subvention, ein Ausweg, der in vernünftiger Weise diese Wirtschaftsverhältnisse regelt. Die einzig durchgreifende Regelung ist

**die Sozialisierung der Papierindustrie.**

Brandes empfiehlt einen dahingehenden Antrag der Unabhängigen Fraktion. Die Bewucherung der Presse und der Abonnenten muß verhindert werden. Verhindert muß auch werden, daß die ernste politische Presse ihre Selbständigkeit verliert.

Abg. **Cremer** (D. Vp.): Die Presse kann die enorm gesteigerten Produktionskosten weder durch Erhöhung der Insertionspreise noch der Abonnementsgelder ausgleichen. Der geforderte Zuschuß nimmt Rücksicht auf die besonders trostlose Lage, vor allem der ländlichen Presse. Er bezweckt, den Untergang einer ganzen Reihe von Unternehmungen zu verhindern.

Abg. **Sidow** (S. P. D.) begründet einen Antrag, der auf Abänderung der Sozialisierungsforderung der Papierindustrie hinausgeht, spricht für die Gewährung des Staatszuschusses und fordert energische Maßnahmen gegen die Preistreibereien des Papierkartells.

Abg. **Gerstenberger** (B. Vp.) tritt dafür ein, daß auch die kleine Presse an dem Zuschuß partizipiere.

In der Abstimmung wird der gemeinsame Antrag angenommen, alle anderen abgelehnt.

Eine lebhafte Debatte entspinnt sich über die Festsetzung der

**Tagesordnung für die nächste Sitzung.**

Schultz-Bromberg (Dnatl.) fordert Abgabe einer programatischen Regierungserklärung, worauf Präsident Löbe entgegnet, daß der Reichskanzler sich dazu nicht in der Lage sehe, da die Kabinettsbildung noch nicht abgeschlossen sei. — Nach einigen Ausführungen der Abg. **Müller-Franken** (S. P. D.), **Ledebour** (U. S. P. D.) und **Hoffmann** (Komm.) zieht Schultz seinen Antrag zurück.

**Hoffmann** (Komm.) beantragt, den Amnestie-Antrag seiner Partei auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. **Ledebour** (U. S. P.) fordert die sofortige Stellungnahme des Reichstags zur Aufhebung der Sondergerichte und führt aus: Es handelt sich nicht nur um die Amnestie, sondern auch um die Aufhebung der Sondergerichte und des Ausnahmezustandes. Wir halten es für notwendig, daß in der gegenwärtigen Situation Reichsregierung und Parlament zu dieser Frage Stellung nehmen, da Deutschland und das deutsche Volk in einer derartigen Lage in allen Bevölkerungskreisen, besonders aber die Arbeiter, nicht länger mehr in dem Glauben erhalten werden dürfen, daß sie in jeder Beziehung als minderberechtigt gelten.

Abg. **Müller-Franken** (S. P. D.): Meine Fraktion hat in allen ähnlichen Fällen die Auffassung vertreten, daß derartige Anträge an sich den Charakter der Dringlichkeit haben. Im übrigen liege dem Rechtsausschuß der Antrag auf Aufhebung der Sondergerichte vor.

Abg. **Ledebour** (U. S. P.): Der Antrag im Rechtsausschuß lautet auf Milderung der bestehenden Gesetze, nicht aber auf Aufhebung. Da zwingende Gründe für die völlige Aufhebung vorliegen, kann der Grund Müllers gar nicht geltend gemacht werden.

Abg. **Petersen** (Dem.) bittet, es bei dem Vorschlage des Präsidenten zu belassen. Er vertritt im weiteren die Forderung, daß nicht immer Amnestien zugunsten der Arbeiterklasse erlassen werden.

Abg. **Ledebour** (U. S. P.): Es ist wahrscheinlich, daß morgen der Reichstag auseinandergeht. Die Ferien werden nach der Ausdehnung der Tagung lang werden. Solange kann man aber den dringenden Antrag nicht hinausschieben. (Lebhaftes: Sehr wahr! links.) Und was die Hauptsache ist: sobald das Parlament gesprochen hat, kann die Regierung durch ihre Zustimmung eine Amnestie in Kraft setzen.

Die Anträge werden gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien abgelehnt.

Abg. **Schultz-Bromberg** (Dnatl.) fordert Erledigung des Antrages auf Anrechnung der Kriegsdienstjahre auf das Dienstalter der Beamten.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Ausschußberichte, kleine Vorlagen, Anrechnung der Kriegsdienstjahre der Beamten, Petitionen.

# Preußischer Landtag

21. Sitzung, Mittwoch, den 11. Mai 1921

Der Antrag der Abgg. **Siering** und Genossen auf Aufhebung des Strafverfahrens gegen die Abg. Frau Dr. **Wegscheider** (Soz.) wegen Beleidigung wird für die Dauer der Sitzungsperiode von dem Hause angenommen.

Darauf folgt die Fortsetzung der Beratung über

## Die Ereignisse in Oberschlesien

Abg. **Bener**-Oberschlesien (Zentr.): Die Vorgänge in Oberschlesien beweisen, daß die Franzosen ihr Prestige verloren haben. Wir rufen in alle Welt hinaus, daß wir bei der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens betrogen worden sind.

Abg. Dr. **Maier**-Ostpreußen (Kom.) sucht die Behauptung der sozialistischen und der anderen Redner zu widerlegen, daß es sich nicht in Oberschlesien um einen Kampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten handelt. Die Versuche, diese Bewegung in eine Nationalistische umzulügen, sind vergeblich.

Abg. **Herrmann**-Breslau (Dem.): Vor der Abstimmung ist von beiden Seiten gesagt worden, daß Oberschlesien ein unteilbares Ganze sei. Da sich die Oberschlesier in ihrer Mehrheit für Deutschland entschieden haben, muß Oberschlesien auch ungeteilt Deutschland zugesprochen werden. Es müssen von Staatswegen Lebensmittel nach Oberschlesien geschickt werden.

Der kommunistische Antrag wird gegen die Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt, der Antrag **Porsch** (Zentr.) über die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien und für seine baldige Zuteilung an Deutschland, von den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten angenommen. (Lebhafter Beifall. Lärm b. d. Kommunisten.)

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die

**Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen.**

Abg. **v. Eynern** (D. Vpt.) begründet einen Abänderungsantrag, wonach die Gegenstände der Tagesordnung des Reichsrates von den preußischen Vertretern gemeinschaftlich vorberaten werden sollen, und in der Vollversammlung des Reichsrates die Stimme Preußens gemäß dem Ergebnis der Vorberatung einheitlich abgegeben werden soll. — Abg. **v. Kries** (Dntl. Vpt.) stimmt diesem Antrag zu. Abg. **Kilian** (Kom.): Als Anhänger des Räte- und Gegner des bürgerlichen Parlamentarismus sind wir auch gegen den Reichsrat und lehnen die Vorlage ab. — Abg. **Grzesinski** (Soz.): Den Antrag der Deutschen Volkspartei lehnen wir ab. **Wir haben den Staatsrat für eine unerwünschte Einrichtung gehalten. Wir wenden uns dagegen, daß seine Befugnisse irgendwie ausgedehnt werden,** wie es der Abg. **v. Kries** wünscht. Die Zustimmung des Staatsrates zu den Vorlagen des Landtages und des Staatsministeriums ist durchaus nicht erforderlich. Im übrigen stimmen wir der Vorlage in der Ausschußfassung zu.

Abg. **Leid** (U. Soz.): Es lassen sich eine Reihe von Gründen dafür beibringen, daß die preußischen Stimmen im Reichsrat nicht einheitlich abgegeben werden. Die kommunistische Auffassung, daß man den Reichsrat einfach regieren könne, ist vollkommen irrig. Wir werden gegen den Antrag von Eynern und für die Ausschußbeschlüsse stimmen.

Das Gesetz wird gegen die Stimmen der Kommunisten in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die große Anfrage **Husemann** und Gen. (Soz.) über die

**Stillegung der Zeche Maximilian bei Hamm.**

Abg. **Osteroth** (Soz.): Die Zeche Maximilian bei Hamm wurde unter dem Druck der Firma Röchling aus Profitinteressen stillgelegt. Etwa 800 Arbeitern wurde mit dreitägiger Frist gekündigt. Die geltenden Verordnungen über Stillegung von Betrieben wurden nicht beachtet. Die Anlagen, Maschinen usw. sollen

**auf Abbruch verkauft**

werden. Die Zeche, die bei Kriegsausbruch erfoff, hatte eine tägliche Kohlenförderung von 7000 Tonnen. **Wenn die Staatsregierung nicht sofort eingreift, gibt es eine Katastrophe.** Die Arbeiterschaft wird jeden, der es wagen sollte, die Abbrucharbeiten vorzunehmen, die Knochen entzweischlagen. Es muß sofort etwas geschehen, sonst fliegen die Arbeiter im Handumdrehen aufs Pflaster. Das Preußische Handelsministerium wäre recht wohl in der Lage, einzuschreiten. Wir hoffen, daß es das tun wird. **Das Land aber braucht Kohle, viel Kohle, damit die Preise nicht steigen. Die Kohle ist heute unser Brot.** Wie kann man die Seele der Bergarbeiter so mißverstehen, daß man in einer Zeit, wo die Rechtsparteien nach Ueberschichten rufen, abbricht. Wir fordern nochmals die Staatsregierung auf, gegen die kapitalistische Willkür einzuschreiten. Hier ist eine Gelegenheit, die Volksinteressen zu schützen. **Wir rufen der Staatsregierung zu: Hier ist Rhodus, hier springe!** Damit ihr das leichter fällt, stellen wir den Antrag, der Landtag soll das Staatsministerium ersuchen, die Stillegung der Zeche auf Grund der §§ 65 und 156 des Allgemeinen Berggesetzes zu verhindern, und die Stillegungsverordnungen in Anwendung zu bringen, ferner die Stillegung von Bergwerksunternehmungen von der Zustimmung der Bergbehörden abhängig zu machen und


Feinseife etwa 100 Gramm ..... Stück 1.35

HERMANN

Besonders preiswert Keksmischung Pfund 6.75

**Gemüse — Obst**

Spinat ..... Pfund 20 Pf.
Rhabarber ..... Pfund 20 Pf.
Salat ..... Kopf 30 Pf.
Spargel dünn ..... Pfund 1.35
Spargel stark ..... Pfund 2.80
Grüne Gurken ..... Stück 4.75
Maikräuter ..... 2 Bund 35 Pf.
Apfelsinen ..... Stück von 1.00 an

**Kolonialwaren**

Vollreis ..... Pfund 2.60
Tafelreis ..... Pfund 3.60
Backpflaumen ..... Pfund 4.80
Backobst ..... Pfund 4.80
Bandnudeln ..... Pfund 6.20
Haushalt-Pudding in verschiedenem Geschmack .. Paket 85 Pf.
Cumberland-Pudd. Pak. 1.75
Schokoladenspeise Pak. 2.25

**Fische, Räucherw.**

Lebende Aale stark Pfd. 21.00
Merlan ..... Pfund 90 Pf.
Kabliau kopflos, im ganzen Pfund 1.40
Schellfisch ..... Pfund 2.20
Schleibücklinge .... Pfund 5.60
Makrelbücklinge .. Pfund 3.50
Kieler Flundern .... Pfund 4.50
Prima Weißfisch-Räucheraale Pfd. 27.00

Geiror. Kaninchen ohne Kopf und Füße ... Pfund 4.00
Corned beef ..... Dose 6.00
Junge Hamburger Gänse Pfd. 18.00
Hühner Pfd. 14.50 18.50

Leipziger Str. — Alexanderplatz

**Fleisch**

Kalbskamm frisch Pfund 10.50
Kalbskeulen frisch Pfund 12.50
Gehacktes frisch Pfund 10.00
Schweinefilet gebraten ..... Pfund 8.00
Roastbeef mit Knochen, gebraten ..... Pfund 9.00
Ochsenschmorfleisch ohne Knochen, gebraten ..... Pfund 10.00

**Wurstwaren**

Rotwurst Thüringer Art ..... Pfund 11.00
Landleberwurst ..... Pfund 12.00
Delikatess-Sülzwurst .... Pfund 14.00
Grobe Mettwurst ..... Pfund 18.50
Mettwurst nach Braunschweiger Art, Pfd. 21.00
Kulmbacher Bierwurst Pfund 24.50
Teewurst hochfein ..... Pfund 26.00
Salami prima ..... Pfund 26.00

**Eingem. Früchte**

gesüßt, 1-Liter-Glas

Apfelmus ..... Glas 7.90
Birnen 1/2 Frucht ..... Glas 10.90
Kirschen sauer mit Stiele .. Glas 10.90
Pflaumen 1/2 Frucht .... Glas 11.75
Heidelbeeren ..... Glas 11.75
Reineclauden ..... Glas 13.90
Pfirsiche ..... Glas 17.90

Schweineschmalz dänisches, ungebraten Pfd. 10.80
Rindertalg ungeschmolzen Pfund 7.50
Magermilch gezuckert Dose 3.90
Kaffee frisch gebrannt Pfund 20.00

**Backartikel, Fette**

Kuchenbackmehl Pfund 4.00
Korinthen ..... Pfund 16.50
Sultaninen ..... Pfund 24.00
Mandeln bitter ..... Pfund 20.00
Mandeln süß ..... Pfund 26.00

Margarine ..... Pfund 7.80
Kokosfett ..... Pfund 9.80
Butterfett ..... Pfund 9.80

**Käse**

Briekäse ..... Pfund 7.60
Harzer Käse ..... Pfund 7.60
Tilsiler Käse ..... Pfund 6.20
Dän. Goudakäse Pfund 10.50
Holländer Käse .. Pfund 11.90

Tafel-Margarine allerfeinste ..... 1/2 Pfund-Paket 5.35
Kunsthonig ..... Pfund 4.25

1918er Königsbacher Naturrotwein Fl. 7.50 | 1919er Edenkobener Weisswein Fl. 10.00 | Roter Tarragona vorzügliche Qualität, 1/1 Fl. 20.00 | Weinbrand-Verschnitt 1/2 Fl. 21.00 1/1 Fl. 40.00
mit Flasche, 20% Steuerzuschlag — einschließlich Flasche und Freigetränkesteuer

Reisebüro Leipziger Str. Vertretung des Mitteleuropäischen Reisebüros u. der Mitropa | Amtliche Fahrkarten-Ausgabe | Im Voraus erhältlich: Eisenbahn-Fahrkarten, Bett- und Platzkarten sowie zusammengestellte Fahrscheinhefte zu amtlichen Preisen, ohne Aufschlag

schließlich bei der Reichsregierung darauf hinzuarbeiten, daß bei Stillegungen die Enteignung des Unternehmens ohne Entschädigung zugunsten des Staates erfolgt.

Oberberghauptmann **Altmann:** Mit der Enteignung geht es nicht so einfach. Der Bergwerkseigentümer ist zwar durch das Berggesetz zur Weiterführung des Betriebes verpflichtet. Das Oberbergamt muß ihm aber eine sechsmonatige Frist lassen; außerdem kann er klagen. Ein Prozeß würde sich jahrelang hinziehen. Auch die reichsgesetzlichen Bestimmungen über Betriebsstillegungen führen kaum zum Ziel. Es ist zweifelhaft, ob der Finanzminister die nötigen 4—500 Millionen Mark hergeben würde. Es ist daher besser, wenn ein Vergleich gesucht wird, bei dem die Bergarbeiter nicht um Lohn und Brot kommen. (Beifall.)

Das Haus tritt in die Besprechung ein.

Abg. **Kürup** (Zentr.): Aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen muß der Fortbestand der Zeche unbedingt ermöglicht werden. Wir beantragen Ueberweisung der Angelegenheit an den Ausschuß für Handel und Gewerbe.

Abg. **v. Waldthausen** (Dnatl.) verteidigt das Verhalten des Bergwerksbesitzers. Durch die andauernden Wassereinbrüche wird der Ausbau der noch nicht betriebsfähigen Anlage unmöglich gemacht. Kein Mensch denkt daran, die Uebertage-Anlagen auf Abbruch zu verkaufen. Wir lehnen den sozialistischen Antrag ab, weil er u. a. „Enteignung ohne Entschädigung verlangt. — Abg. **Dr. Pinkerneil** (D. Vp.) beantragt ebenfalls ausführliche Beratung im Ausschuß für Handel und Gewerbe.

Abg. **Otter** (U. Soz.): Die andauernden Wassereinbrüche sind durch die Stillegung der Pumpwerke herbeigeführt worden. Wegen der großen Wohnungsnot finden die Arbeiter, obwohl man ihnen die Umzugskosten vergüten will, keine Wohnungen. Im Ruhrgebiet herrscht neben dem Wohnungsmangel Arbeitslosigkeit. Dagegen haben die Bergwerksbesitzer während der ganzen Kriegszeit ungeheure Gewinne erzielt. (Zwischenruf rechts: Und die Löhne?) Wir stimmen daher dem sozialdemokratischen Antrage zu und stellen **uns auf den Boden der entschädigungslosen Enteignung.**

Abg. **Sobottka** (Komm.): Wenn die Zeche ersoffen ist, so ist allein Ihr (nach rechts) Krieg schuld daran. (Lachen rechts.) Die Stillegung ist nichts anderes, als ein geschicktes Finanzmanöver.

Abg. **Dr. Höpker-Aschoff** (Dem.) tritt ebenfalls dafür ein, daß die Anträge dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen werden.

Abg. **Osterroth** (Soz.): Bei der Stellung unseres Antrages kam es uns darauf an, daß die Plutokratie die Arbeiter nicht auf die Straße werfen sollte. (Redner widerlegt im einzelnen die Behauptungen der Abg. der Rechten.) Gegenüber dem Bericht des Abg. **Pinkerneil,** der davon sprach, daß das Ruhrgebiet ja nun doch besetzt würde, sage ich: **man soll den Teufel nicht an die Wand malen.** Heute ist das Volk in dieser Frage einig und sagt jedem, der es hören will: Hände weg!

**Die große Anfrage wird dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.**

Präsident **Leinert** schlägt vor, sich zu vertagen: nächste Sitzung 13. Mai, 2 Uhr. Ich behalte es mir aber vor, die Sitzung eher einzuberufen, wenn die politischen Verhältnisse es erfordern. — Abg. **Geschke** (Komm.) beantragt, das Haus nicht zu vertagen, sondern die Bergarbeiterfragen weiter zu behandeln. — Abg. **Braun** (Soz.) beantragt, morgen zu tagen, um den Gesetzentwurf über die Nachtragsumlagen der Gemeinden noch zu erledigen. — Abg. **Lüdicke** (Dnatl.) kündigt einen Abänderungsantrag an, so daß der Gesetzentwurf morgen doch noch nicht verabschiedet werden könne. — Abg. **Scholich** (Soz.) erklärt dies für sehr auffällig, da im Gemeindeausschuß Einstimmigkeit herrschte. — Nach weiterer Aussprache wird beschlossen, morgen keine Sitzung abzuhalten.

## Die Kabinettsbildung in Preußen

Abg. **Braun** (Soz.): Ministerpräsident **Stegerwald hat,** wie aus den Abendblättern hervorgeht, erklären lassen, daß im Hinblick auf die Vorgänge im Reich **die Neubildung einer Regierung in Preußen kurz nach Pfingsten erfolgen müsse.** (Aha-Rufe rechts.) Wir beantragen deshalb, schon am 24. Mai zusammenzutreten. (Große Bewegung.)

Abg. **Brust** (Zentr.): Ich kenne eine derartige Zeitungsnotiz nicht. Die Reichsregierung ist ja noch gar nicht zusammen. (Gelächter rechts. Unruhe b. d. Soz.) Warten wir ab, wie es in vierzehn Tagen aussieht. Nachdem Sie sich (zu den Soz.) aus der Regierung herausmanövriert haben, haben Sie es mit einem Male sehr eilig. (Unruhe bei den Soz.)

Abg. **von Campe** (D. Vp.): Auf Grund einer Zeitungsnotiz können wir einen derartigen Beschluß nicht fassen. Der Ministerpräsident ist Manns genug, sich mit dem Landtagspräsidenten in Verbindung zu setzen, wenn er eine Kabinettsänderung herbeiführen will.

Abg. **Nuschke** (Dem.) hält gleichfalls eine Neubildung des Kabinetts für notwendig. Es handelt sich nicht um eine beliebige Zeitungsnotiz, sondern um eine amtliche Verlautbarung Stegerwalds. „Kurz nach Pfingsten" ist auch noch der 31. Mai.

Abg. **Braun** (Soz.): Stegerwald verlangt ausdrücklich baldige Verhandlungen über die Regierungsbildung. Dazu hat er das Parlament nötig. Wenn „kurz nach Pfingsten" auch der 31. Mai sein kann, dann hatte v. Puttkamer recht, als er hier einmal behauptete, **„sofort" hieße nach drei Monaten.** (Heiterkeit.) Wir haben uns im Reiche nicht an die Regierung gedrängt. Die bittere Not erforderte es. Das Drängen kam von ganz anderer Seite. Derartige Vorwürfe, gerade von einem Zentrumsredner, sind sehr merkwürdig. Wir konnten uns dem Vaterlande in der Not nicht versagen. (Unruhe rechts.)

Nach weiterer Aussprache lehnt das Haus **den 20. Mai und den 24. Mai ab.** (Unruhe links.) Es bleibt bei dem Beschlusse des Aeltestenrates. Der Präsident setzt die Tagesordnung fest.

Nächste Sitzung Dienstag, 31. Mai, 2 Uhr.

## Wahrnehmung berechtigter Interessen

In Elbing **stand** dieser Tage Genosse Schröder, Redakteur der „Elbinger Volksstimme", wegen Beleidigung in vier Fällen vor dem Schöffengericht. Die Vorgeschichte der Beleidigungen geht bis Januar 1920 zurück, auf die Zeit der Aussperrung der Schichauarbeiter. Damals hatte der Geheime Regierungsrat Brinckmann im „Tag" einen Artikel veröffentlicht, in dem die Schichauarbeiter samt und sonders als „Diebe und Spitzbuben" bezeichnet wurden. Diesen Artikel, der in zahlreichen Blättern des In- und Auslandes abgedruckt wurde, nahm die „Elbinger Volksstimme" zum Anlaß einer scharfen Abwehr, in der es unter anderem hieß, Brinckmann habe wohl aus Mitgefühl für den Werftbesitzer einen Schmähartikel geschrieben, während das ihm gezahlte Honorar zweifellos auf den Inhalt und die Form seiner Auslassungen ohne Einfluß geblieben sei.

Dieser Artikel bildete Gegenstand der vier Beleidigungsklagen, die Brinckmann und der Schichauwerftbesitzer Carlson, der „kontraktbrüchiger Millionär" genannt worden war, gegen den Genossen Schröder als verantwortlichen Redakteur angestrengt hatte. Genosse Schröder machte geltend, daß er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, da die Schichauarbeiter, die zum großen Teil Leser der „Volksstimme" sind, in unerhörter Weise verdächtigt worden sind. Bei der Verhandlung konnte denn auch Brinckmann nicht den Schatten eines Beweises für seine Beschimpfung der Arbeiter als Diebe und Spitzbuben beibringen, wie andererseits Genosse Schröder nachwies, daß die Schichauwerft Arbeiter ohne Kündigung entlassen hatte, obwohl sie 30 und 40 Jahre lang bei der Werft beschäftigt gewesen waren.

**Unter dem Eindruck der Schröderschen** Beweisführung wollte der Amtsanwalt dem Angeklagten in zwei Fällen Wahrnehmung berechtigter Interessen zubilligen, beantragte aber im übrigen wegen Beleidigung des Brinckmann 1000 M. Geldstrafe und wegen Beleidigung des Werftbesitzers Carlson in drei Fällen je 500 M. Geldstrafe. Das Urteil lautete: Beleidigung des Geheimen Regierungsrates Brinckmann unter Ablehnung des § 193 und Zubilligung mildernder Umstände 30 M. Geldstrafe; Beleidigung Carlsons unter Zubilligung des § 193 Freispruch; Beleidigung Carlsons (kontraktbrüchiger Millionär) unter Zubilligung des § 193, 210 M. Geldstrafe; Beleidigung Carlsons durch Uebernahme einer Notiz des Danziger „Freien Volks" (hier liegt keine Beleidigung, sondern Vergehen gegen das Preß gesetz vor,) unter Zubilligung von § 193 90 Mark Geldstrafe.

In seiner Urteilsbegründung fand der Vorsitzende scharfe Worte gegen den „Hetzartikel" Brinckmanns, der die Arbeiter bis aufs Blut reizen mußte. Hätte Schröder Brinckmann ein bezahltes Subjekt oder Tintenkuli genannt, so hätte er straffrei bleiben müssen. Aber er habe seine Angriffe gegen Brinckmann in kühler Ruhe gemacht und daher habe ihm das Gericht in diesem Falle den Schutz des § 193 nicht zubilligen können.

Die deutsche Justiz wandelt fürwahr auf eigenartigen Wegen. Für den gemeinen Verstand gilt es ohne weiteres als strafmildernd, wenn Presseangriffe sich durch Sachlichkeit auszeichnen, da dann anzunehmen ist, daß hinter den Angriffen beweiskräftige Tatsachen stehen. Umgekehrt ist es allgemeine Auffassung, allerdings des beschränkten Untertanenverstandes, daß die Häufung großer Worte und der Mangel an Sachlichkeit den geringen Tatbestand verdecken sollen. Der Elbinger Richter, dem sich die beigegebenen Schöffen anschlossen, ist anderer Meinung. Vielleicht hält er darauf, der Oeffentlichkeit immer wieder zu beweisen, daß die Rechtsauffassung des Volkes und die der denkenden Justiz durch eine breite Kluft getrennt sind.

**Englands Ein- und Ausfuhr.** Der Wert der Einfuhr im April betrug 89 995 504 Pfund Sterling, das sind 77 134 451 Pfund Sterling weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Ausfuhr betrug 59 867 585 Pfund Sterling oder 46 384 107 Pfund Sterling weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Wiederausfuhr betrug 8 523 062 Pfund Sterling, das sind 11 883 757 Pfund Sterling weniger als im gleichen Monat des Vorjahres.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gewerkschaft.: Gerhart Seger, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kameziner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

**Sind's die Augen — geh' zu Ruhnke**

Wenn Sie ganz genau passende Augengläser haben, können Ihnen diese erst wirklich nützen, wenn sie in haltbarer Fassung richtig vor Ihren Augen sitzen und dann dauernd diesen guten Sitz behalten. Kaum zwei Nasen sind gleich! Aber wir haben für jede Nasenform eine entsprechend gutsitzende Fassung, oder wir fertigen eine besondere für Sie an, ohne Ihnen mehr dafür zu berechnen. Weil wir Sie mit Sorgfalt bedienen und Ihnen gediegene Kneifer und Brillen liefern, wird Ihnen bei uns

**Zufriedenheit garantiert.**

Dazu aber gehört mehr, als Ihnen nur Augengläser genau zu bestimmen und Ihnen die richtig sitzende Fassung zu verpassen. Zufrieden bleiben Sie auf die Dauer nur, wenn Sie verschont bleiben von Augenbeschwerden, Schmerzen, Tränen und ähnlichen Unannehmlichkeiten, wie Drücken der Fassung, Abfallen, Verbiegen, Zerbrechen. Solch' Aerger verleidet einem oft den Gebrauch der Augengläser, ja zusammen mit den Reparaturkosten können dadurch alle Vorteile der Gläser mehr als aufgewogen werden. Darum garantieren wir Ihnen nicht bloß Zufriedenheit mit unseren Augengläsern, sondern garantieren die Haltbarkeit aller Metallteile unserer Doublé- und Goldkneifer- und Brillen-Fassungen. Abgesehen von den Gläsern, oder den Teilen aus Horn, Celluloid oder Schildpatt, reparieren wir diese Fassungen während der Garantiezeit kostenlos, selbst wenn der Schaden durch Ihre eigene Schuld entstanden ist. Wir haben solches Vertrauen in die Haltbarkeit unserer Brillen und Kneifer, daß wir jetzt die

**Garantie auf Doublé- und Gold-Fassungen jeder Preislage**

geben. Die Garantie dauert für die billigste Fassung ein Jahr, für teuere entsprechend länger, gemäß nachstehender Skala.

**Diese Preise verstehen sich ohne Gläser**

| Kneifer ohne Randfassung | Kneifer mit Randfassung | Brillen mit u. ohne Randfassung |
|---|---|---|
| Gold-Doublé | Gold-Doublé | Gold-Doublé |
| ein Jahr Ruhnke-Garantie 10.50, 15.— | ein Jahr Ruhnke-Garantie 15.—, 24.—, 25.— | ein Jahr Ruhnke-Garantie 35.—, 38.— |
| zwei Jahre Ruhnke-Garantie 25.—, 35.— | zwei Jahre Ruhnke-Garantie 30.—, 34.—, 35.— | zwei Jahre Ruhnke-Garantie 45.—, 48.— |
| drei Jahre Ruhnke-Garantie 45.—, 55.—, 85.— | drei Jahre Ruhnke-Garantie 44.—, 45.—, 65.—, 75.— | drei Jahre Ruhnke-Garantie 55.—, 65.—, 75.— |

Auf alle 14 karätigen Goldfassungen vier Jahre Ruhnke-Garantie.

Hornbrillen von 38.— an, Moderne Lorgnetten, Silber, von 95.— an, Gold-Doublé von 72.— an.

Gläser werden extra berechnet, und zwar pro Paar: Rathenower Schleifart 8.—, Punktorik-Menisken 19.—, dieselben aus unserem guten Sanoskop-Glas 32.—.

**Optiker Ruhnke**

30 Geschäfte in Groß-Berlin, Hamburg, Basel, Düsseldorf, Altona und Spandau

Fabrik in Rathenow, Neue Schleuse für Brillengläser, Prismen-Feldstecher, u. a. Ferngläser | Fabrik in Berlin C 19, Wallstraße 1 für Kneifer und Brillen in Gold, Doublé und Nickel

Export-Abteilung: Hamburg, Große Johannisstraße 9

Zentrale u. Versand-Abteilung: Berlin C 19, Wallstr. 1

**B. FEDER**
Brunnenstrasse 1
Frankfurter Allee 350
Kottbuser Damm 103
Charlottb.: Scharrenstr. 5

KREDIT unter günstigsten Zahlungsbedingungen
Anzüge
Paletots
Schlüpfer
Gummi-Mäntel
Knaben-Anzüge

Neu aufgenommen:
Teppiche
Gardinen
Decken
in grosser Auswahl
Komplette Wohnungs-Einrichtungen

KREDIT unter günstigsten Zahlungsbedingungen
Kleider
Kostüme
Mäntel
Blusen — Röcke
Mädchen-Kleider

**Kupfer**
Messing, Zinn, Quecksilber, Nickel-, Gold-, Silberbruch
Händlern Extrapreise!
Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48

Alle Metalle Preiserhöhung!
Zinn! Lötzinn! Weißmetall! Blei! Dringend für Spezialgebrauch! Kupfer! Rotguß! Messing! Nickel! — Aluminium! Zink! — Stanniolpapier!
Glühstrumpfasche bis M. 160.-
Zahngebisse! Zahn bis M. 100.-
Platinabfälle!
Gold- u. Silberbruch! gold- u. silberhaltige Rückstände!
Quecksilber! — Salpeter. Silber! —
kauft zu Tageskursen:
Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstraße 31

Altmetalle verkauft man nur Badstr. 34 im Hof

Abfälle in Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Lagermetall
kaufen laufend gegen sofortige Barzahlung
Gerlach & Voigt, Dresdener Str. 13/14
Moritzpl. 12523. Geschäftsz. 9-5, Sonnab. b. 6 Uhr.

Juckende Haut-
ausschläge mit wäßrigen Bläschen und kleinen roten Punkten verschwinden in wenigen Tagen durch „Reichel's flüss. Teer-Kaliumsulfatseife", die auch in hartnäckigsten Fällen vollkommen sicher wirkt. 9.50
Otto Reichel, Berlin 46, SO Eisenbahnstraße 4.

Händler
Seife, Lichte, Schuhcrem, Streichhölzer
jetzt konkurrenzlos billig!
Nur gut. Qualitätsware
Dietz,
Kl. Frankfurter Str. 13

Altmetalle Ankauf Rollendorfstr. 39

Zigarettengroßhandlung
Bek. Marken f. Wiederverkäuf.
Dessen, Alexanderplatz 3, 1 Tr.

Soeben erschienen:

**Handbuch für Betriebsräte**

Von Rudolf Weck, Arbeitersekretär

15.— Mark, gebunden 20.— Mark

Für Betriebsräte, Gewerkschaften, Organisationen 10.— Mark, gebunden 15.— Mark

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9